

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 213 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 10/2012 VOM 9. OKTOBER 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Vom Ein-Euro-Job zum Bundesfreiwilligendienst**
Kürzung der Eingliederungsmittel

7 | **Ein Pyrrhussieg für den Bürgermeister**
Rekommunalisierung ist vom Tisch

9 | **Wieviel Geld darf der Müll kosten?**
Der Kreistag und die Müllgebühren

Aufschwung in Eberswalde

Mehr Steuereinnahmen – weniger Schlüsselzuweisungen

Eberswalde (bbp). Basierend auf der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres liegen jetzt die Orientierungsdaten der Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg für die Städte, Gemeinden und Landkreise für 2013 vor. Darüber informierten kürzlich die Barnimer Landtagsabgeordneten der LINKEN Margitta Mächtigt, Ralf Christoffers und Dr. Michael Luthardt.

Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Landes werden entsprechend der Steuerkraft der Kommunen verteilt. Dabei gilt der Grundsatz, daß Kommunen mit einem vergleichsweise hohen Steueraufkommen weniger Schlüsselzuweisungen erhalten als Kommunen mit niedrigem Steueraufkommen. Ändern sich hier die Verhältnisse, wirkt sich das auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus.

Im Landkreis Barnim erhalten so die Städte Biesenthal, Bernau, Werneuchen und Joachimsthal höhere Schlüsselzuweisungen als im Vorjahr.

Ein im Vergleich zu den anderen stärker wachsendes Steueraufkommen führt hingegen zu sinkender Schlüsselzuweisung. Dies be-

trifft nach der aktuellen Schätzung die Kreisstadt Eberswalde und die Gemeinde Schorfheide.

Für Eberswalde betrug die Steuerkraftmeßzahl pro Einwohner für die Berechnung der Schlüsselzuweisung für 2012 genau 411,91 Euro. Für das Jahr 2013 beträgt dieser Wert infolge erhöhter Steuereinnahmen nunmehr 472,03.

Allerdings handelt es sich bei diesen Zahlen nur um eine Momentaufnahme der Mai-Steuerschätzung. Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für 2013 werden auf Grundlage der nächsten Steuerschätzung im November und der Beschlußfassung des Landeshaushalts im Dezember berechnet.

Eine Provokation á la Gleiwitz?



Lang ist's her, daß in Eberswalde Menschen auf die Straße gingen, um gegen Rüstung und Kriege zu protestieren. Der kleine Mann mit der Friedens-taube ist heute 16. Vielleicht ist's, weil sich die BRD in letzter Zeit aus Kriegs-abenteuern klug heraushielt – oder zumindest diesen Anschein erweckte. Oder gibt es andere Gründe für die Müdigkeit der Friedensbewegung?

Granaten, die in dem türkischen Dorf Akçakale an der Grenze zu Syrien einschlugen, hatten eine Frau und ihre vier Kinder getötet. Die türkische Regierung ließ ihre Artillerie massiv zurückfeuern, 36 Menschen starben. Allenthalben laute Proteste gegen die ach so böse syrische Regierung. Das türkische Parlament beschloß gar ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, in künftigen Fällen mit Armee und Luftwaffe auf syrisches Gebiet vorzudringen.

In der allgemeinen Hetze ging ein Bericht des Zweiten Deutschen Fernsehens unter, indem es hieß: »INZWISCHEN HABEN SICH SYRISCHE REBELLEN ZU DER PROVOKATION BEKANNT.« (<http://www.barth-engelbart.de/?p=2406>) Der original Beitrag ist nicht mehr auf der Webseite des TV Senders verfügbar.

Wenn jetzt Syrien gegenüber der Türkei Bedauern ausdrückt, heißt es in den Medien, es habe sich entschuldigt. Also Schuld eingestanden.

Doch wer sich von der Medienhysterie nicht einlullen läßt und nüchtern analysiert und nach dem Cui bono fragt, den kann die inzwischen wegzensierte ZDF-Meldung nicht überraschen.

Laut Berichten der türkischen Zeitung Yurt, stammen die Granaten, die auf Akçakale aus NATO-Beständen (<http://juergenmeyer.blogger.de/stories/2137185/>). Laut dem Chefredakteur von Yurt, Merdan Yanardag, habe die Zeitung verlässliche Informationen erhalten, daß die Türkei die Granaten an die sogenannte Free Syrian Army (FSA) geliefert hat.

Investigative Berichtersteller sind der Sache nachgegangen und sie haben an Hand der Beschriftung 120 AE HE-TNT der Mörsergranaten recherchiert, wer diese herstellt. Tatsächlich handelt es sich um NATO-Munition. Sie wird laut Jane's Defence Weekly von verschiedenen Rüstungsfirmen in Europa hergestellt, wie zum Beispiel von der spanischen Explosivos Alaveses SA (EXPAL), die Teil der Maxam Defence Group ist. (ebd.)

G.M.

Unser Glück

Nach der Sommerpause und unserer Mitgliederversammlung wurde der Plan zur Gemeindereform in Brandenburg und der Kandidat zur Bundestagswahl bekannt. Wir hatten uns tatsächlich Gedanken gemacht, womit wir uns zukünftig beschäftigen sollten. Aber zum Glück gibt es die Sozialdemokratische Partei. Auf die Genossen ist auch in schwierigen Zeiten Verlaß. Sie schaffen jede Menge Stoff und Raum zur Diskussion.

Mit dem Plan zur Gemeindereform will die SPD das Werk des revolutionären Jörg Schönbohm fortsetzen. Dieser hatte bekanntlich den Gemeinden auf dem Land die Namen genommen und die Verwaltungen in größeren Orten zentralisiert. Das große Werk soll jetzt vollendet werden. Zukünftig sollen Verwaltungsbereiche in der Größe der ehemaligen Kreise gebildet werden. Damit verschwindet der letzte Rest der Obrigkeiten aus den Dörfern. Mit der Post und der Sparkasse haben sich dann auch die verbliebenen staatlichen Herrschaften in die Zentralen verzogen.

Auf diese Weise haben sie viel Platz für die Selbstorganisation geschaffen. Den Menschen wird auch nichts anderes übrig bleiben, wenn sie nicht den Obrigkeiten in die Zentralen folgen wollen. Das Leben auf den Dörfern muß zukünftig ohne Obrigkeiten organisiert werden.

Kurz danach beschloß Genosse Peer Steinbrück, sich ein Jahr lang öffentlich mit Frau Dr. Angela Merkel über die alternativlosen und definitiven Sachzwänge der vielfältigen Rettungsfonds in der Europapolitik und deren ungeheuerliche Wirkung in der Zukunft auseinanderzusetzen.

Obwohl die Leute sehr stark daran interessiert sind, wer wann warum wessen Geld bekommt, wird der Diskussion kaum jemand folgen können. Wahrscheinlich sind die beiden Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers die einzigen, die glauben, irgend etwas davon zu verstehen. Jedenfalls werden sie mit ganzer Kraft daran arbeiten und sich verständnislos über das Unvermögen der Leute wundern, das unbedingt Erforderliche zu begreifen. Auf jeden Fall haben die Genossen der SPD vorsorglich Steuererhöhungen angekündigt. Die Kandidaten werden sich auch nicht wirklich streiten, weil sie nach der Wahl zusammen regieren müssen. Soviel scheint sicher, es wird ein unverständlicher und lahmer Wahlkampf. Hinter den alternativlosen, definitiven Sachzwängen müssen auch andere Probleme zurück bleiben. Interessierte Wähler werden sich von den schwafelnden Anführern abwenden und sich eigene Gedanken machen müssen. Wir wollen soviel wie möglich von den guten Ideen in unserer Zeitung veröffentlichen. Wir erwarten eine gute Zeit für Alternativen und unsere Zeitung, der SPD sei Dank. Also Leute, es gibt viel zu tun, packen wir es an.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

»Verstetigung« wird diskutiert

Das Brandenburgische Viertel im Fokus zweier Ausschüsse

Eberswalde (bbp). Die Vorstellung und Diskussion der »Handlungsfelder der Sozialstudie und des Verstetigungskonzeptes« stehen am 16. Oktober um 18.15 Uhr im Familiengarten auf der Tagesordnung einer gemeinsamen Sitzung der städtischen Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) sowie Bildung, Jugend und Sport (ABJS). Verstetigt werden sollen die Maßnahmen, die im Rahmen des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel in die Wege geleitet wurden. Vielen Projekten droht nach Auslaufen der Förderungen das Aus. Neben der Erschließung neuer Finanzierungsquellen geht es auch um die Aktivierung ehrenamtlichen Engagements in dem »Viertel mit sozialen Herausforderungen«.

Eine wichtige Grundlage für das Verstetigungskonzept sind die Informationen der Sozialstudie für das Brandenburgische Viertel im Vergleich mit anderen Stadtteilen.

Stilles Gedenken

Eberswalde (bbp). Am 9. September, dem zweiten Sonntag im September, fanden sich mehrere Eberswalderinnen und Eberswalder am Denkmal für die Opfer des Faschismus am Karl-Marx-Platz zu einem stillen Gedenken ein. Der Stadtverband der LINKEN hatte dazu aufgerufen, aus diesem Anlaß »ein weiteres Zeichen gegen Haß, Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde« zu setzen. Die Tradition der stillen Kranzniederlegung hatten Überlebende der Konzentrationslager und Zuchthäuser in den frühen Nachkriegsjahren begründet.

Bernauer Bürger haben jetzt das Wort!

Das erste Bürgerbegehren in Bernau gegen den Austritt der Stadt, aus dem Wasser und Abwasserverband »Panke/Finow« wird von den Bürgern unterschiedlich bewertet. Es beginnt bei Zustimmung bis hin zu Ablehnungen aus welchen Gründen auch immer. Am vergangenen Wochenende wurde in der Stadt und auch im Ortsteil Börnicke für die Unterstützung geworben.

Wie es immer ist, manch Bürger interessierte sich nicht für ein Gespräch. Aber es ist wirklich beeindruckend, daß eines der Team's mit einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens, Frau Dr. Dagmar Enkelmann (MdB) in der Bahnhofspassage, mit unwahrscheinlich vielen Frauen und Männern, älteren und jüngeren Leuten über das Bürgerbegehren sprechen konnten, viele Fragen beantwortete und die Meinung der Bürgerinnen und Bürgern hörte.

Bemerkungen wie »Was ist denn da bloß los?«, »Wie kann man denn Beschlüsse zur Wirtschaft fassen, ohne zuvor wirklich gerechnet zu haben?«, »Wie sicher ist denn, daß alles billiger wird?« usw. waren zu vernehmen.

Und schließlich wurde wieder ein Schritt für das Bürgerbegehren getan, denn die Listen mit den Unterschriften für das Bürgerbegehren füllten sich ziemlich zügig. Und das, weil mit den Bürgerinnen und Bürgern wirklich gespro-

Die Sozialstudie ist seit Mai 2012 auf der Internetseite der Stadt Eberswalde einsehbar (www.eberswalde.de). Der Entwurf des Verstetigungskonzeptes liegt den Ausschußmitgliedern vor.

Kiezmagazin »Maxe«

Eberswalde (bbp). Anfang Oktober wurde im Brandenburgischen Viertel an alle Haushalte ein neues Kiezmagazin namens »Maxe« verteilt (<http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-blog/>). Die zuvor von der Stadtverwaltung herausgegebenen »Ein- und Ausblicke« hatten im Juni ihr Erscheinen eingestellt. Neuer Herausgeber ist eine »AG Kiezzeitung«, die auf eine Anschubfinanzierung aus Mitteln der »Sozialen Stadt« hoffen konnte. Intrigen des einstigen AG-Vorsitzenden und daraus folgende interne Querelen stellen das allerdings aktuell infrage.

»Gegen den Einheitstag«

Eberswalde (bbp). Unter dem Motto »Gegen den Einheitstag« hatte am 3. Oktober die Neue Spartakusgruppe früh um zehn zu einer Versammlung unter freiem Himmel am Denkmal von Max Reimann in der Frankfurter Allee (bis 1992 Max-Reimann-Straße) eingeladen. Die Reden hielt Karl Blättermann, Sprecher und Frontmann der Neuen Spartakusgruppe. Für die interessierten Bürger lagen Propagandamaterialien der Kommunistischen Partei Deutschlands aus. Mindestens drei Bürgerinnen und Bürger waren gekommen.

chen wurde und nicht eine bloße Jagd nach Unterschriften stattfand. Immerhin konnten so fast 400 Bürgerinnen und Bürger Bernaus zur Unterstützung gewonnen werden.

Aber ein Wochenende genügt nicht, es bedarf die Unterstützung von mindestens 10 Prozent der Bernauer Wahlberechtigten bis 8. November 2012, als immerhin über 3100 Unterstützer damit die Abgeordneten der Stadt Bernau, wie von den Initiatoren gefordert, den Beschluss aufheben und sich intensiv mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt und die anderen Verbandsteilnehmer beschäftigen. Wie heißt es in der Begründung der Initiatoren des Bürgerbegehrens:

»...Wenn 17 Stadtverordnete mit einem Federstrich Entscheidungen treffen, deren Folgen nicht abzusehen sind, dann muß sich die Bürgerschaft zu Wort melden. Eine Form ist ein Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid...« THOMAS SOHN

Vom Ein-Euro-Job zum Freiwilligendienst

Eberswalde (bbp). Die erheblichen Kürzungen der Eingliederungsmittel bei der Bundesagentur für Arbeit und deren schwerpunktmäßige Ausrichtung auf den ersten Arbeitsmarkt führte schon 2012 zu einer deutlichen Reduzierung von Plätzen in Beschäftigungsmaßnahmen und Einschränkungen von Tätigkeitsinhalten. Dieser Trend setzt sich für das Jahr 2013 fort.

»Insbesondere durch die restriktive Haltung des Garten- und Landschaftsbau-Verbandes Berlin Brandenburg mußten zahlreiche Tätigkeiten im Grünbereich ganz eingestellt (z.B. Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen in Biotopen im Stadforst, Mäharbeiten an den Treidelwegen, Stadtteilpflege) oder aber ganz erheblich eingeschränkt werden (z.B. Grünannahmestellen, Familiengarten)«, beklagt das Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste in der Eberswalder Stadtverwaltung. »Nur durch die erfolgreiche Vermittlung des Landkreises Barnim und die Bemühungen der Stadtverwaltung konnte in den letztgenannten Bereichen überhaupt eine Fortsetzung der Arbeit, wenn auch mit reduziertem Umfang, erreicht werden.«

Im Ergebnis der Verhandlungen mit dem Jobcenter konnten für 2013 insgesamt 60 Maßnahmeplätze vereinbart werden. Über den entsprechenden Vertrag zwischen Stadt und Jobcenter beschließt am 18. Oktober der Hauptausschuß. Diese »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung«, landläufig als

Ein-Euro-Job bezeichnet, dienen nach offiziellem Sprachgebrauch der »(Wieder-)Herstellung und Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von arbeitsmarktfernen Personen«.

Von den 60 »Arbeitsgelegenheiten« sind zehn im Stadforst angesiedelt, elf im Besucherservice und fünf im Parks-service des Familiengartens, vier bei der Grünannahmestelle Finow und jeweils zehn im Veranstaltungsservice, für die Treidelwege und die Stadtteilpflege.



»Biotopen« wie diesen rückte in vergangenen Jahren zuweilen eine Ein-Euro-Truppe der »Stadtteilpflege« zu Leibe.

Um die bisher von Ein-Euro-Jobbern erbrachten Leistungen weiterhin in annähernd gleichem Umfang erbringen zu können, hat die Stadtverwaltung für zahlreiche Einsatzbereiche der Beschäftigungsförderung die Anerkennung von Stellen im Rahmen des neuen Bundesfreiwilligendienstes beantragt. Dies entsprechen auch »dem wiederholt bekundeten Interesse vieler ehemaliger Maßnahmeteilnehmer an einer sinnvollen ehrenamtlichen Tätigkeit«, versichert das zuständige Stadtverwaltungsamt.

Ende September waren hier 26 Einsatzstellen bewilligt: Zehn Stellen im Tierpark, je sechs Stellen im Bauhof und im Kulturamt, zwei Stellen im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels sowie je eine Stelle im Club am Wald und bei der Behindertenbeauftragten.

Beantragt, aber noch nicht bewilligt sind Freiwilligendienste im Familiengarten (8 Stellen), in den Grundschulen (6), der Stadtteilpflege/Grünannahmestellen (8) und im Veranstaltungsservice (8). Weitere 20 Stellen sollen für zehn städtische Kitas beantragt werden.

Ein neues Stück aus Ebersheide:

Gong nach der Pause

Wir werden derzeit Zeugen einer neuen Provinzposse Marke Barnim. Das Stück hat gerade angefangen. Hauptdarsteller sind zwei Nachbarn. Es sind Amtspersonen, sogenannte Hauptverwaltungsbeamte, zu deutsch Bürgermeister.

Der eine – Dorfschulze – will sein Dorf größer machen. Er braucht Geld und neue Bürger, die per Schlüsselzuweisung, Einkommenssteueranteil und so weiter Geld bringen. So hofft er, dem demographischen Wandel, also dem vorhergesagten Bevölkerungsrückgang, ein Schnippchen zu schlagen. Flugs hat er sich ein Stück Land ausgeguckt, daß dem Dorf gehört. Das hat er parzelliert und will es nun als Bauland verkaufen. Das Stück Land liegt – das ist das Problem – genau an der Grenze zu seinem Nachbarn, dem Stadtschulzen.

Auch der fürchtet den Bevölkerungsrückgang und zu Recht, daß ein paar Bürger nicht in die Stadt sondern auf's Dorf ziehen. Vielleicht wollen einige ja sogar aus der Stadt wegziehen. Das darf nicht sein!

Deshalb hat er etwas gegen die Pläne seines Nachbarn, des Dorfschulzen. Er will ihm sein Vorhaben durchkreuzen. Dazu hat er sich Unterstützung vom Landesfürsten in Potsdam geholt. Dessen Beamte sind nämlich der Meinung, daß die Pläne des Dorfschulzen nicht so recht zu den Zielen der Landesplanung passen. Was da entstehen soll, ist eine Splittersiedlung. So etwas will der Fürst nicht haben. Nun hat er aber ein Problem: Der Dorfschulze beruft sich auf ein Dekret, wonach er in seinem Dorf allein bestimmen darf.

Der Streit zwischen diesen beiden Bürgermeistern kann auf eine langjährige Tradition zurückblicken. Jeder mißgönnt dem anderen den Erfolg, besonders natürlich, wenn er die eigenen Interessen berühren könnte. Alle können sich noch gut an den Streit um einen Supermarkt erinnern, den der Dorfschulze haben wollte und der dem Stadtschulzen so gar nicht schmeckte, denn nun gab es ja Städter, die zum Einkauf »fremd gingen«.

Der Streit wurde beigelegt. Wie in einem Rechtsstaat unter dem Fürsten in Potsdam üblich, gab es einen »Deal«. Damals war's ein Grundstücksdeal. Der Stadtschulze bekam ein großes Stück Land und einen Sportplatz geschenkt und war fortan ruhig.

Auch jetzt wird das Ganze wieder in einem Deal enden – wetten daß?

Aber so einfach und schnell geht das natürlich nicht! Vorher wollen die beiden Kontrahenten noch die Messer wetzen und die Klingen kreuzen. Ort des Duells soll das Verwaltungsgericht in Frankfurt sein. Und damit das Duell auch ordentlich abläuft, lassen sich die Kämpfer das ein paar tausend Euronen kosten – es ist ja nicht ihr Geld! Damit bezahlen sie ihre Sekundanten, die heißen jetzt Anwälte, und es müssen natürlich die besten, d.h. die teuersten sein! Sie bezahlen auch den Schieds-

mann. Der nennt sich Richter und tut so, als ob er von seinem Brötchengeber, dem Fürsten, ganz ganz unabhängig ist und »Recht« spricht. Trotzdem kann es natürlich sein, daß die Lakaien mit dem Richterspruch nicht einverstanden sind. Dafür gibt es dann den Oberschiedsmann. Der nennt sich jetzt Oberverwaltungsrichter und auch der spricht nur Recht – was denn sonst? Aber das kann dauern!

Natürlich könnten die beiden Hauptverwaltungsbeamten sich daran erinnern, daß sie als erwachsene Menschen gelten, sich an einen Tisch setzen und gleich ihren Deal aushandeln. Aber dann hätten wir ja nicht so ein schönes, teures Theaterstück und die Stadtschreiber könnten nicht so interessant berichten. Aber vielleicht haben wir ja noch die Chance, daß der Statthalter des Fürsten – er nennt sich Landrat – so ein Theaterstück nicht mag und kräftig auf den Tisch haut, um die beiden Streithähne zur Raison zu bringen. Das wäre wirklich gut – im Interesse des Landes, der Bürger und auch für ihn selbst und sogar für die beiden Schulzen.

Übrigens: Wer es noch nicht gemerkt hat: Die Stadt heißt Eberswalde, das Dorf heißt Finowfurt und das Stück Land liegt genau dazwischen, in der Walzwerkstraße.

Nachbarschaftsstreit

Die Gemeinde Schorfheide beabsichtigt in der Finowfurter Walzwerkstraße Gemeindefeld zum Bau von 18 Eigenheimen zu verkaufen. Der zugehörige Bebauungsplan ist nun ins Schußfeld der Kommunalaufsicht geraten. Zudem wird über Interessenskonflikte der verantwortlichen Schorfheider Bauamtsleiterin Manuela Brandt berichtet. Daneben versucht die Stadt Eberswalde, den Bebauungsplan auf dem Rechtsweg zu kippen. Vor diesem Hintergrund sagte der Eberswalder Stadtverordnete ALBRECHT TRILLER in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 27. September:

Neues Ungemach steht ins Haus. Obwohl schon seit Jahren daran gearbeitet wird, das Verhältnis der Stadt zu den Umlandgemeinden positiv zu entwickeln, strengt die Stadt Eberswalde gegen die Gemeinde Schorfheide nun eine Normenkontrollklage gegen den Finowfurter Bebauungsplan 132 »Walzwerkstraße« an. So hat es der Hauptausschuß in einer vorgeblich eilbedürftigen Vorlage beschlossen.

Dabei hat die Stadt berechtigte Argumente auf ihrer Seite. Die hat aber vielleicht auch die Gemeinde Schorfheide. Das sollen nun Anwälte und Gerichte klären. Das braucht Zeit und das braucht auch viel Geld. (Die Stadt hat dafür einen guten – und dementsprechend teuren Anwalt engagiert.) Das bringt aber auch viel Frust auf beiden Seiten, wird die Zusammenarbeit bremsen und an ein eventuelles Zusammengehen ist dann erst recht nicht zu denken. Vielleicht gewinnt die Stadt einen Prozeß und verliert ein Stück Zukunft. Es stellt sich die Frage, ob es nicht doch noch einen anderen Weg gibt, sich zu verständigen. Was die Verwaltungen nicht geschafft haben und was durch Prozesse bestenfalls teuer erkaufte wird, kann vielleicht dadurch erreicht werden, daß sich Abgeordnete der Stadt Eberswalde und der Gemeinde Schorfheide an einen Tisch setzen (z.B. die Hauptausschüsse von Stadt und Gemeinde oder die Fraktionsvorsitzenden)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich bitte Sie daher, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen, und mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von Schorfheide über Möglichkeiten gemeinsamer Beratungen von Abgeordneten zu diesem Thema zu beraten.

Eine Antwort auf diesen Vorschlag gab es in der Stadtverordnetenversammlung leider nicht. Auf die schriftliche Antwort darf man gespannt sein.

(Seite 3)

Fahrstuhl im Wasserturm

Eberswalde (prest-ew). Der durch einen Blitzeinschlag außer Betrieb gesetzte Personenaufzug des Wasserturms Finow kann nach seiner Reparatur ab Samstag, den 22. September wieder genutzt werden. Ebenfalls durch den Einschlag in Mitleidenschaft gezogen wurde der Treppenlift im Eingangsbereich des Turms. Dieser steht noch nicht wieder zur Verfügung.

Neue Stadtfraktionen

Wahlträger »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« nun im Fraktionsnamen

Eberswalde (bbp). Nach der Neugründung der Fraktion LINKSREBELL./Allianz Freier Wähler in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde durch zwei ehemalige Mitglieder der Fraktion Die Fraktionslosen haben die verbliebenen Mitglieder Albrecht Triller und Günter Schumacher sich nun ihrerseits einen neuen Fraktionsnamen gegeben.

Der Fraktionsvorsitzende Triller teilte auf der StVV-Sitzung am 27. September mit, daß sie nunmehr den Namen »Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« tragen. »Die Bezeichnung als Fraktion Die Fraktionslosen«, so Triller, »war schon vom Namen her streitbar. Sie trug der Tatsache Rechnung, daß sich Abgeordnete verschiedener Wahlträger zusammengetan haben, die sonst fraktionslos geblieben wären. Mit dem Austritt der Abgeordneten Dr. Spangenberg und Zinn aus unserer Fraktion sind nun nur noch Abgeordnete in der Fraktion, die für den Wahlträger Bündnis für ein demokratisches Eberswalde kandidiert haben. Daher ist jetzt die Umbenennung der

Fraktion folgerichtig und logisch.« Die Fraktion bedauere den Austritt der einstigen Mitstreiter, zumal dies nicht mit inhaltlichen Differenzen begründet werde.

Die inzwischen rechtskräftig gewordene Regelung der Kommunalverfassung, wonach für eine Fraktionsbildung nur noch zwei Abgeordnete erforderlich sind, habe für die beiden den Weg für die Bildung einer eigenen Fraktion eröffnet. »Daß die Fraktionsbildung zwei Jahre vor der nächsten Kommunalwahl erfolgt, hat sicher in erster Linie wahltaktische Gründe«, sagte der Fraktionsvorsitzende vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde weiter. »Leider bleibt dabei aber die Einheit derer auf der Strecke, die sich die Vertretung der unmittelbaren Bürgerinteressen auf die Fahne geschrieben haben. Unbeschadet dieser Sachlage wird sich die Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde weiterhin zielorientiert auf die Sachfragen konzentrieren und die Zusammenarbeit mit allen suchen und pflegen, die für die gleichen Ziele kämpfen.«

Kritische Begleitung angesagt

Eberswalde (bbp). Mit der Besetzung der Ausschüsse, die im Einvernehmen mit den beiden anderen Zweier-Fraktionen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung erfolgte, ist die formale Gründungsphase der Fraktion LINKSREBELL./Allianz freier Wähler abgeschlossen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Günther Spangenberg wird im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt agieren. Sein Stellvertreter Carsten Zinn besetzt die beiden Ausschüsse Kultur, Soziales und Integration sowie Bildung, Jugend und Sport. Nach Klärung der Formalien stehen nun die Inhalte im Mittelpunkt ihrer Abgeordnetentätigkeit, teilte der Pressesprecher der Fraktion Carsten Zinn mit.

Wichtige Problemkreise für die Fraktion sind die Einwohnerbeteiligung und der Baumschutz in der Stadt. Dementsprechend sollen Beschlußvorlagen zur Erarbeitung einer Eberswalder Baumschutzsatzung und einer Einwohnerbeteiligungssatzung in die städtischen Entscheidungsgremien eingebracht werden.

Eine kritische Begleitung versprechen Zinn und Dr. Spangenberg den Debatten zum Ebers-

walder Bürgerhaushalt, dem weiteren Stadtumbau insbesondere in den Ortsteilen Finow und Brandenburgisches Viertel sowie der Novellierung und Weiterführung der Bund-Länder Programme »Soziale Stadt« und »Stärken vor Ort«. Ebenso kritisch werden sie die Novellierung der Leitlinien für eine bürgernahe Eberswalder Seniorenpolitik, die Erarbeitung der Prioritätenliste der Geh- und Radwegsanierung 2013 und die weitere Umsetzung des Konzeptes »Barrierefreie Stadt« Eberswalde begleiten.

Die Fraktion wird die Arbeit der Beiräte einschließlich dem Kinder- und Jugendparlament bei der spezifischen Interessenwahrnehmung der Eberswalderinnen und Eberswalder unterstützen und sich für bessere und breit differenzierte Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche einsetzen. Nicht zuletzt befürwortet die Fraktion eine transparente Debatte zur Erarbeitung eines Konzeptes zur nachhaltigen Eberswalder Erinnerungskultur und zur Bekämpfung von Rassismus im Eberswalder Alltag.

Finanzminister Markov stellt sich den Fragen

Werneuchen (ah/bbp). Am 12. Oktober kommt Finanzminister Dr. Helmuth Markov auf Einladung der Basisorganisation (BO) Werneuchen/Ahrensfelde der Partei DIE LINKE zu einer Diskussions- und Informationsveranstaltung nach Werneuchen in die Bühne 17 (Berliner Allee 17). Beginn ist 19 Uhr. Moderiert wird die Veranstaltung von Christian Rehmer. Der Finanzminister stehe nur zwei Stunden für Fragen zur Verfügung, teilt der BO-Vorsitzende

Alexander Horn mit, der daher um Verständnis bittet, wenn Markov »nicht alle Fragen allumfänglich beantwortet«.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
 eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
 Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Schenkladen statt Mitternachts-Shopping

Ebeswalde (freiraum/bbp). Den bejubelten Spätabendeinkauf in der Eberswalder Innenstadt am 14. September nahmen die konsumkritischen Menschen in der FreiRaum-Initiative zum Anlaß, eine Alternative zur konsumorientierten Überfluß- und Wegwerfgesellschaft aufzuzeigen. Inmitten des Getümmels der Shoppingnacht eröffneten sie auf dem Eberswalder Marktplatz einen Schenkladen.

»Die Sachen, die es im Schenkladen gibt, können ganz im Gegensatz zu den Sachen der herkömmlichen Läden einfach mitgenommen – geschenkt werden. Auf diese Weise kann ein nicht mehr gebrauchter, aber dennoch guter Gegenstand für vielfache Freude sorgen«, erklärt Fania Taeger, Mitglied der FreiRaum-Initiative Eberswalde. Denn so macht diese Sache einerseits natürlich den beschenkten Menschen glücklich, andererseits freut sich aber auch die schenkende Person, daß die von ihm nicht mehr gebrauchten und vielleicht sogar als störend empfundenen Sachen wieder sinnvoll verwendet werden.

Schon während der letzten Einkaufsnacht im April wurde der Schenkladen als Alternative zum herkömmlichen Einkaufen von zahlreichen Menschen angenommen. »Viele Leute finden es spannend neue Möglichkeiten zum Bestehenden auszuprobieren«, bemerkt Sandra Post, Mitglied der FreiRaum-Initiative Eberswalde. Das konnte auch im Mai beobachtet werden, als im Medienhaus der Eisenbahnstraße das

»Experiment FreiRaum« für einen Monat erfolgreich gelaufen ist. »Nicht nur der Schenkladen war ein großer Erfolg. Neben den vielen politischen und kulturellen Veranstaltungen wurde auch die sogenannte Volksküche (Vokü) von vielen verschiedenen Menschen besucht. Diese bietet eine gute Möglichkeit bei netter Gesellschaft lecker, gesund und günstig gegen Spende zu essen«, erzählt sie weiter.

Damit es auch in Zukunft wieder einen Raum gibt, an dem sich Menschen treffen, voneinander lernen und Spaß haben können, ist die FreiRaum-Initiative auf der Suche nach einem geeigneten Ort in der Eberswalder Innenstadt. »Bis wir diesen gefunden haben, möchten wir auch ohne diesen festen Raum Möglichkeiten zum Dialog und zum Ideenaustausch bieten. Denn die FreiRaum-Idee lebt in erster Linie von diesem Austausch«, konstatiert Fania Taeger abschließend.

Weitere Informationen zur FreiRaum-Initiative Eberswalde finden Sie auf <http://freiraumebeswalde.blogspot.de/>.

Mobile Jugendsozialarbeit in Eberswalde

Wir sind vier Mitarbeiter des Sozialpädagogischen Instituts (SPI), die im Stadtgebiet von Eberswalde unterwegs sind. Jeder ist als Streetworker etwa fünf Stunden in der Woche in Stadtmitte, Brandenburgisches Viertel, Kupferhammer Bolzplatz, Westend und Finow präsent. Dazu kommt jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr (ab Oktober wieder in der Sporthalle des SV Motor an der Potsdamer Allee) Freizeitfußball im Brandenburgischen Viertel. Zwei Mitarbeiter sind von Montag bis Donnerstag an der Karl-Sellheim-Schule in Westend, die beiden anderen an der Goetheschule in Stadtmitte tätig. Zusätzlich ist ein Mitarbeiter für

zehn Stunden pro Woche mit dem Projekt »Boxenstop« an der Grundschule »Schwärsesee« im Brandenburgischen Viertel tätig. Wir bieten weiterhin Beratungen für Jugendliche von 14 bis 21 Jahre und deren Eltern an. Wir begleiten in Kooperation mit dem Stinoclub die »Wall of Fame« in Westend, organisieren Sprayer-Workshops und betreuen Sprayerprojekte im gesamten Stadtgebiet von Eberswalde, zuletzt die Fassadengestaltung an der Sporthalle des SV Medizin im Brandenburgischen Viertel. Außerdem unterstützen wir auch das Fußballprojekt der Freizeitinitiative »Schottenpower«.

KATHLEEN ROSSOW



Das Sprayerprojekt an der Sporthalle des SV Medizin (BBP 9/2012) macht Fortschritte. Betreut werden die jugendlichen Graffiti-Künstler von den Streetworkern des Sozialpädagogischen Instituts (SPI).

Barnimer Kulturpreis

Kreistagsfraktion und Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen schreiben auch in diesem Jahr den Barnimer Kulturpreis aus. Der Kulturpreis 2012 ist erneut mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird der Preis durch bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete, die dafür ihre Aufsichtsratsbezüge aus kommunalen Unternehmen spenden.

Um den Preis bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum das kulturelle Angebot im Landkreis Barnim bereichern. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die einzureichenden Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung der Ziele und Ergebnisse sowie des Zeitraums der Aktivitäten enthalten. Die Bewerbungsunterlagen sind bis zum 26. Oktober bei Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich. Im letzten Jahr wurde der Kulturverein »Ponderosa« aus Lunow-Stolzenhagen mit dem Kulturpreis geehrt.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Leibniz-Bus an Markttagen

Eberswalde (prest-ew/bbp). Seit 2. Oktober fährt an den Markttagen ein Pendelbus zwischen dem Leibnizviertel und der Innenstadt. Mit dieser Verbindung wird für die Dauer der Bauarbeiten an der Fußgängerbrücke über den Finowkanal die Möglichkeit angeboten, ohne lange Fußwege vom Leibnizviertel in die Innenstadt zu gelangen. Die Linie 863 fährt dann in abgewandeltem Verlauf um 9 Uhr dienstags und freitags entlang der Haltestellen Grabowstraße und Arbeitsamt in die Friedrich-Hegel-Straße, hält am Oberstufenzentrum und der Station Leibnizviertel, von dort zum Markt und dem Karl-Marx-Platz. Ab 12 Uhr fährt die Linie 863 in umgekehrter Richtung. Die Stadt unterstützt die zusätzlichen Fahrten der Barnimer Busgesellschaft, welche zu den üblichen Tarifen genutzt werden können.

»Bei aller Freude über unsere zukünftige Stadtpromenade am Finowkanal sind uns die Sorgen und Nöte bewußt, gerade der Bürgerinnen und Bürger, die nicht so gut zu Fuß sind. Wiederholt haben sie mich während meiner Seniorenkaffeestunden auf den beschwerlichen Weg aus dem Leibnizviertel ins Zentrum angesprochen. Deshalb habe ich mich für die neue Busverbindung eingesetzt«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski. Ob und inwieweit er den zuständigen Ortsvorsteher Hans Pieper in seine Aktivitäten einbezogen hat, wurde nicht mitgeteilt.

Im Frühjahr soll die Leibnizbrücke wieder benutzbar sein.

Ausgrenzung beenden

Im Juli hatte das Bundesverfassungsgericht die weit unter dem Hartz-IV-Satz liegenden Bezüge von Flüchtlingen für nicht mit der Menschenwürde vereinbar erklärt und eine unverzügliche Änderung angemahnt. So solle – nach einer provisorischen Verfügung – ein allein lebender Erwachsener statt 224 Euro zunächst 336 Euro erhalten.

Nach Informationen des Flüchtlingsrats Brandenburg setzen mehrere Landkreise, wie Havelland, Oberhavel und Spreewald-Lausitz, das Urteil zwar nach dem Buchstaben um, nicht jedoch nach seinem Geist. So werden Gelder deutlich gekürzt oder aber an anderen Stellen wieder abgezogen (beispielsweise müssen Fahrscheine, Praxisgebühr und Dolmetscherkosten jetzt selbst getragen werden), statt für Juli und August mehr Geld auszusahlen, gab es nur Gutscheine.

Abgesehen vom chaotischen Umgang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, zeugen diese Vorgänge davon, daß es weiterhin nur um Kostenreduzierung auf dem Rücken von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern geht. Diese Entrechtung, dieses Vorenthalten von Leistungen kommt einer gezielten Ausgrenzung gleich und ist menschenunwürdig. Es zeigt sich wieder einmal, daß das Asylbewerberleistungsgesetz an sich weg muß! Es geht um Gleichstellung, um gleiche soziale Rechte für die vom Asylbewerberleistungsgesetz betroffenen Menschen. Im Landkreis Barnim wird übrigens nicht so verfahren. Gut so.

SABINE STÜBER

Ehrenamtliche ehren

Eberswalde (prest-ew). Wer den Einsatz einer Bekannten oder eines Nachbarn für andere herausragend findet, kann helfen, diese zu ehren. Anfang des nächsten Jahres wird Bürgermeister Friedhelm Boginski besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde für ihre ehrenamtliche Tätigkeit auszeichnen. Die Arbeitsgruppe Ehrenamt bittet um schriftliche Vorschläge mit aussagekräftiger Begründung. Für eine Auszeichnung ihres Ehrenamts kommen Erwachsene und Jugendliche in Frage, die mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement Gutes tun, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, in der Selbsthilfe kranker und behinderter Menschen, in der Familienförderung, in der Sport- und Kulturförderung, im Umweltschutz oder in anderen Bereichen. Auch Vereine beziehungsweise Initiativen können geehrt werden, ebenso wie Unternehmen, die sich in besonderem Maße uneigennützig für das Gemeinwohl der Stadt einsetzen.

Vorschläge sind schriftlich oder per eMail zu senden an: Stadt Eberswalde, Barbara Bunge, Breite Str. 41-44, 16225 Eberswalde, eMail: b.bunge@eberswalde.de. Einsendeschluß ist der 30.11.12. Früher nicht berücksichtigte Vorschläge können in die Auswahl nur dann einfließen, wenn sie erneut eingebracht werden.

Ausgrenzung Ehrenamtlicher

Landrat Ihrke torpediert die parlamentarische Mitarbeit in der Regionalversammlung

Null-Emissionsstrategie und ERNEUERBAR sind beliebte Schlagworte des Barnimer Landrates Bodo Ihrke, um sein Engagement für den Umweltschutz zu verdeutlichen. Als parlamentarisches Gremium fungiert hierbei u.a. die Regionalversammlung Uckermark-Barnim, der Ihrke auch als Vorstandsvorsitzender angehört.

Dr. Heiner Loos:

»Termine der Regionalversammlung sind so anzusetzen, das keine Ausgrenzung ehrenamtlich tätiger Regionalräte erfolgt!«

In dieser in der Bevölkerung eher wenig bekannten Versammlung wird z.B. neben der Verkehrsplanung auch über die Windeignungsgebiete und damit Aufstellungsorte der Windräder entschieden. Neben den sogenannten »geborenen Mitgliedern« wie Landräte und Bürgermeister besteht diese Versammlung und ihr Vorstand aus Regionalräten, die die jeweiligen Kreistage bzw. die entsprechenden Fraktionen in diese Regionalversammlung wählen.

Die Arbeit im Kreistag und den Fraktionen ist bekanntlich eine ehrenamtliche und findet normalerweise am Abend nach Arbeitsschluß

der Mandatsträger statt. In der Regionalversammlung und insbesondere in deren Vorstand werden jedoch die Mandatsträger allein durch die Terminfestsetzung am frühen Nachmittag ausgegrenzt.

Höhepunkt ist nun die Verlegung einer Vorstandssitzung auf Montag 10 Uhr, an der berufstätige Kreistagsabgeordnete bzw. Vorstandsmitglieder nicht teilnehmen können. Obwohl der Landrat bereits mehrfach um eine entsprechende Terminfestsetzung gebeten wurde, ist ihm offensichtlich nicht an einer breiten parlamentarischen Basis seiner Arbeit in der Regionalversammlung gelegen, und er zieht es vor, seine Entscheidungen im Kreise der hauptamtlich in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen tätigen Vorstandsmitgliedern der Regionalversammlung zu treffen.

Als Mitglied der FDP-Fraktion und Mitglied des Vorstandes der Regionalversammlung Uckermark-Barnim fordere ich den Landrat und Vorsitzenden der Regionalversammlung auf, die Sitzungstermine so anzusetzen, daß keine Ausgrenzung ehrenamtlich tätiger Regionalräte mehr erfolgt.

Dr. HEINER LOOS

Gute und kostenfreie Schulverpflegung

Berlin (bm/bbp). Am 18. Oktober 2012 führt die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Fachtagung zum Thema »Auf dem Weg zu einer guten und kostenfreien Schulverpflegung« durch. Die Bernauer Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann lädt hierzu Interessierte ein.

Gutes Essen macht bildungshungrig, ist wichtig für das eigene Wohlbefinden und die Gesundheit. Zunehmend besuchen Kinder und Jugendliche Ganztageseinrichtungen. Hier können sie auch erfahren, wie eine ausgewogene Ernährung aussehen kann und wie man leckere Mahlzeiten zubereitet. »Immer mehr Kinder«, weiß Enkelmann, »können sich das Schulessen

aber nicht leisten oder gehen ohne Frühstück aus dem Haus. Zuschüsse für die Mittagsverpflegung kommen bei vielen Kindern nicht an. In vielen Schulkantinen sind Qualität und Auswahl des Mittagessens leider mangelhaft«.

Der Kosten- und Rationalisierungsdruck, dem die Essenlieferanten ausgesetzt sind, führt u.a. zu solchen Katastrophen wie der aktuellen Vergiftung von mehr als 11.000 Kindern und Jugendlichen. Die Fraktion DIE LINKE sieht den Bund in der Pflicht, Standards für ein kostenfreies und gutes Schulessen zu erarbeiten. Mit der Fachtagung will sich die Fraktion in diese Debatte einbringen.

Tag der Jugend im Club Am Wald

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 21. September gab es den ersten Eberswalder Tag der Jugend auf dem Gelände des Clubs am Wald in der Senftenberger Straße. Den Tag der Jugend haben die Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI) und der Club am Wald gemeinsam ins Leben gerufen. Der Tag der Jugend soll mit seinem Angebot junge Leute anregen, sich verstärkt in Vereinen und Initiativen ihrer Stadt einzubringen. Dazu gab es auch Informationen der Freiwilligenagentur Eberswalde vor Ort.

Das Angebot am Freitagnachmittag im Club am Wald reichte zudem von einer Low-Rider-Show, dem Drachenboot der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW), einem Käfigfußballturnier über einen Hip-Hop-Workshop, ei-

nen Tanzworkshop, Highland-Spielen bis zu Blasrohrschießen und Erfahrungsgesprächen mit Sprayern. Neugierige konnten in die gepolsterten Football-Kluffen der Eberswalde Warriors schlüpfen und sich deren Trainingsspiel ansehen oder sich am Kutter-Ruder-Simulator des Kreissportbundes versuchen. Außerdem war die Grundschule Schwärzensee mit einem Kuchenbasar präsent.

Bürgermeister Friedhelm Boginski nutzte den Tag, um zusammen mit SPI-Standortleiterin Kathleen Rossow eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Stiftung und dem Club am Wald unterzeichnen. Der Kooperationsvertrag bietet die Grundlage für zukünftige Gemeinschaftsprojekte beider Einrichtungen.

Zehn Jahre Chor »Iwuschka«



Eberswalde (bbp). Mit einem gutbesuchten Konzert im Plenarsaal des Kreishauses feierte der Chor »Iwuschka« am 8. September sein zehnjähriges Bestehen. Die meisten Chormitglieder kamen als sogenannte »Spätaussiedler« in den 90er Jahren in die BRD. Unter dem Dach des Kontakt e.V., der sich als Selbsthilfeorganisation der aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion übergesiedelten Rußlanddeutschen in Eberswalde gegründet hatte, fanden sich die Frauen damals zusammen. Sie wollten das reiche Kulturerbe der Rußlanddeutschen, in das neben den deutschen Traditionen auch vieles der russischen, kasachischen und anderen Kulturen einfloß, bewahren und den Menschen hier nahe bringen. Den Gesängen der »Iwuschka«-Frauen folgten musikalische Gratulationen der Kontakt-Kindergruppe, dem polnischen Chor »Trzebiatowiaczy« und weiteren Künstlern.

Ein Pyrrhussieg für den Bürgermeister

Rekommunalisierung ist vom Tisch – Konzessionen für Strom und Gas für 20 Jahre vergeben

Eberswalde (bbp). Am 27. September stand der »Neuabschluss der Verträge über das Wegenutzungsrecht für Strom und Gas« in der Stadt Eberswalde auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung (StVV). Die Volksvertreter entschieden darüber im nichtöffentlichen Teil. Vertragspartner wurden Eon.edis für das Strom- und die Alliander AG für das Gasnetz. Die Verträge haben eine Laufzeit von 20 Jahren. Der Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten zur Kommunalisierung der Energienetze vom 21. März 2012 wird damit ad absurdum geführt. Zwar ist von einem Sonderkündigungsrecht schon nach fünf Jahren die Rede, allerdings räumen dem Beobachter wenig Chancen auf eine Realisierung ein.

Zuletzt waren EON.edis für Strom und EWE für Gas Inhaber der Wegenutzungsrechte. Deren Vertrag über 20 Jahre endete am 31.12.2011 und wurde um ein Jahr bis Ende 2012 verlängert. Der Entscheidung gingen über dreieinhalb Jahre während intensive Diskussionen voraus. Sie begannen am 26.02.2009 mit einem Beschluss der StVV, durch den der Bürgermeister beauftragt wurde, »das Verfahren zur Neuvergabe der Wegenutzungsrechte durchzuführen und den Vergabevorschlag der Stadtverordnetenversammlung termingerecht zur Entscheidung vorzulegen«. Der Änderungsvorschlag von Albrecht Triller, zur Vorbereitung »...eine Machbarkeitsstudie mit entsprechenden betriebswirtschaftlichen Berechnungen für den Fall der Rekommunalisierung der Leitungsnetze...« erarbeiten zu lassen, wurde abgelehnt.

Doch ein Jahr später gründete sich auf Initiative der SPD-Fraktion eine zunächst private Interessengruppe mit Vertretern fast aller Fraktionen. Und auch die Fraktion FDP/BFB wollte die Interessengruppe »konstruktiv begleiten«. Erklärtes Ziel der Gruppe war die »Rekommunalisierung der Energieversorgung«.

Am 29.04.2010 beschloß die StVV auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen (ohne FDP/BFB), den Bürgermeister mit der Einleitung aller notwendigen Maßnahmen zu beauftragen, »...um die Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes sowie die eigene Netzbetriebung durch die Stadt vorzubereiten«. Entsprechende Aktivitäten seitens der Stadtverwaltung waren allerdings nicht erkennbar.

Die Arbeit der Interessengruppe führte schließlich zur Gründung des Energieausschusses. Der Antrag dazu fand nur die Zustimmung von 19 Abgeordneten, denn Die Linke hatte

sich schon aus der Arbeit der Interessengruppe herausgehalten und wollte auch keinen Energieausschuß. Aus der »konstruktiven Begleitung« von FDP/BFB ergab sich ebenfalls keine Zustimmung zum Energieausschuß.

Die StVV hatte eine »Machbarkeitsstudie zur Rekommunalisierung der Eberswalder Strom- und Gasnetze« beschlossen. Die Beratung darüber verschlang viel Sitzungszeit des Energieausschusses. Doch trotz der positiven Aussage zur Machbarkeit blieb die Studie ohne konkrete Konsequenzen.

Negativ wirkte sich auch aus, daß sich die stadteigene Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE) nicht an der Ausschreibung der Wegenutzungsrechte beteiligte. Als Grund wurde angegeben, daß ein von der TWE bestelltes Gutachten die Risiken zu hoch bewertete. Nach Auffassung der Befürworter hätte gerade die Beteiligung der TWE an der Ausschreibung neue Wege eröffnet. Kritik ernteten der Bürgermeister als Gesellschafter, die städtische Beteiligungsverwaltung und der Aufsichtsrat der TWE dafür, daß sie in dieser wichtigen Frage der Gesellschaftsentwicklung die StVV satzungswidrig außen vor ließen.

Auch die Debatte um den Erwerb des HOKAWA durch den Landkreis war für die Entscheidung der Stadtverordneten von Bedeutung. Die zu erwartende Erweiterung der Fernwärmeversorgung ließ die Bedeutung der Gasnetze für einen alternativen Ausbau der Nahwärmeversorgung in falschem Licht erscheinen. Eine durch den Abgeordnetenraum nicht gedeckte Zustimmung des Bürgermeisters zum Erwerb und Betrieb des HOKAWA durch den Landkreis tat ein übriges und setzte entsprechende Prämissen für die Rekommuna-

lisierung der Energieversorgung der Stadt. Zuletzt ergab sich aus der langen Diskussion um die Rekommunalisierung ein Zeitdruck, durch den alternative Lösungen (bis hin zu eventueller Neuausschreibung) fallen gelassen werden mußten. Es blieb nur, die Ausschreibung zu Ende zu bringen, und dem besten Anbieter den Zuschlag zu geben.

Im vorläufigen Schlußkapitel zeigte sich die Eberswalder Stadtpolitik einmal mehr von ihrer »besten« Seite. Der Energieausschuß hatte auch für das Stromnetz mit 7 zu 2 Stimmen empfohlen, der Alliander AG den Zuschlag zu erteilen. Der Hauptausschuß mochte dem Vorschlag nicht folgen und votierte mit 4 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Nun trat der Bürgermeister auf den Plan, kontaktierte eine Reihe von Abgeordneten und erreichte, daß in der StVV in namentlicher Abstimmung die Empfehlung des Fachausschusses zugunsten des bisherigen Vertragspartners Eon.edis gekippt wurde.

In seiner Sitzung am 2. Oktober reagierte der Energieausschuß entsprechend. Ausschußmitglieder stellten die Frage nach dem Demokratieverständnis von Bürgermeister, Verwaltungsmitarbeitern und auch von bestimmten Abgeordneten. Mehrfach wurde der Sinn einer weiteren Mitarbeit im Ausschuß in Frage gestellt, sogar die weitere Berechtigung des Energieausschusses wurde bezweifelt. Mit der so getroffenen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung sei der Demokratie in der Stadt schwerer Schaden zugefügt worden. Das eigentliche Ziel des Energieausschusses – die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft – sei in weite Ferne gerückt. Dies sei ein Pyrrhussieg für den Bürgermeister.

Treff im Dom

Fürstenwalde, 9. Oktober, 19 Uhr

»Wie wir es lernten, gesamtgesellschaftlich zu denken«. Ein Gespräch über die Erfahrungen eines Christen (Superintendent i.R. Günter Kuhn) und eines Marxisten (Dr. phil. habil. Rainer Thiel).

GÜNTER KUHN (geb. 1928) setzte sich schon während des Theologiestudiums mit dem Marxismus auseinander und erhielt für sein gesellschaftliches Engagement die Ehrenbürgerschaft der Stadt Fürstenwalde und das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Seit 1973 war er bis zu seinem Ruhestand Superintendent in Fürstenwalde und engagierte sich u.a. besonders für den Domaufbau, Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und die Arbeit des Ambulanten Hospitaldienstes.

RAINER THIEL (geb. 1930) studierte Mathematik und Philosophie und arbeitete in der Forschung und Publikation zu heiklen Themen. 1994 zog er von Berlin nach Bugk bei Storkow. »Ein freundlicher Revolutionär, der die Welt noch immer verändern will.« Seit 1990 engagiert er sich in Bürgerinitiativen zur Bewahrung von Arbeitsplätzen und Schulen, seit 2004 in Bürgerbündnissen und ist Mitglied bei Attac. Er wird an dem Abend sein Buch »Neugier, Liebe, Revolution – Mein Leben 1930 – 2010« mitbringen und auslegen.

(»Gemeinde-Blatt der Evangelischen Kirche zu Fürstenwalde und Umgebung«, 8/9 2012)

Wie entstand der Gedanke zu diesem Treff im Dom? Die beiden Senioren, die da auftreten, lernten sich kennen bei Anti-Kriegs-Kundgebungen 2003 in Fürstenwalde, als die USA zum Krieg im Irak strebten. Dabei waren auch die jungen Leute vom Domchor mit vielen Liedbeiträgen aus der alternativen Szene, auch mit einem Text von Diether Dehm. Später trafen sich die Senioren wieder auf Anti-Hartz-Kundgebungen in Fürstenwalde. Jedes Mal traten die beiden ans Offene Mikrofon. Schließlich gewann ich meine Mitstreiter von den regelmäßigen Montags-Demos, den Superintendenten i.R. Günter Kuhn auch mal zum Treffen im kleinen Kreise einzuladen. Günter Kuhn erschien und bekannte sich aus christlicher Verantwortung zu unseren Sozial-Protesten. Weil Weihnachten bevorstand, tauschten wir kleine symbolische Geschenke aus.

Schließlich lud mich Superintendent Kuhn zu einem persönlichen Gespräch ein. Wir erzählten uns unsere Lebensläufe, beginnend mit unsren Erlebnissen im Bombenkrieg. Ich hatte zweimal im Bombenhagel gestanden, der seinerzeitige Gymnasiast Günter Kuhn wohl zehnmal so oft, als Flakhelfer. Nun – nach über 60 Jahren – sagte der Superintendent: Wir beide sollten öffentlich darüber sprechen, wie wir lernten, »gesamtgesellschaftlich« zu denken. »Das ist es!« erwiderte ich, »Sie sind so herum, und ich bin so herum zum Lernen gekommen.«

Dr. RAINER THIEL

Eine sich ändernde Gesellschaft

Von der Mitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V.

Am 14. September trafen sich die Mitglieder des Barnimer Bürgerpost e.V., um nach Erledigung einiger Formalien, wie der Vorstandswahl und Beschlüssen über Änderungen der Beitrags- und Finanzordnung, vor allem über das Weiter unseres in bescheidener Auflage erscheinenden, aber dennoch viel gefragten und gelesenen kritischen Monatsblatts zu beraten.

Die meisten Abonnentenzeitschriften leiden unter Aufschwund. Die »Barnimer Bürgerpost« konnte demgegenüber in den vergangenen Jahren auf stabile Abonnentenzahlen verweisen. Neubestellungen glichen den Abgang durch Abbestellungen oder versterbende Leserinnen oder Leser weitgehend aus. Doch seit 2010/2011 deutet sich hier eine negative Tendenz an, die von der bisherigen Entwicklung im Jahr 2012 bestätigt wird. Die Neuabos gleichen die Verluste nicht mehr aus. Im Saldo verlor die »Barnimer Bürgerpost« seit Anfang 2010 rund 25 Abonnenten. Bei 300 Abos insgesamt ist das durchaus erheblich.

Warum ist das so? Das fragen sich die Leser und noch mehr die Mitglieder des Vereins. Die Antwort ist nicht so klar und mit knappen Worten zu formulieren. Aktuell zu sein, bei nur monatlichem Erscheinen, mit 100% freien Autoren mit überwiegend gesellschaftskritischen Positionen, bürgernah, ohne 1 Cent Honorar, einem ehrenamtlichen Redakteur, der berufstätig ist, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, und, und, und...

So manchen fehlt der Mut, überhaupt zu schreiben, weil sie als abhängig Beschäftigte Sanktionen befürchten, weiß der Redakteur zu berichten. Und solche Befürchtungen sind ja durchaus berechtigt. Beispiele gibt es genug.

Nur Rentner können angstfrei schreiben. Nur sind Seniorenpublikationen für viele, vor allem jüngere, wenig ansprechend. Hinzu kommt noch die schwierige politische Auseinandersetzung. Ein anderes Kapitel ist das Machen der Zeitung. Papier, Setzen, Druck und Versand sind nicht für »Null« zu haben. Außerdem lieben es die jungen Leute, ihre Informationen über den PC und das Internet einzuholen. Leider kommt von dieser Seite allerhand Wust, den zu durchblicken wohl so manchen sehr schwer fallen dürfte.

»Essen auf Rädern«

Volkssolidarität kocht in neuen Räumen

Die Küche der Volkssolidarität ist umgezogen und kocht seit Ende August in neuen, großen und schönen Räumen in Britz (auf dem Gelände der Eberswalder Fleischwerke). Offizielle Eröffnung war am 19. September. Wir bieten täglich bis zu drei verschiedene schmackhafte warme Essen Ihrer Wahl. Kurzfristige Lieferung bei einfacher Bestellung per Telefon, eMail oder beim Servicefahrer ist garantiert (heute bestellt = morgen geliefert), an 365 Tagen im Jahr, also auch an Sonn- und Feiertagen, zu Ihnen nach Hause. Sie gehen keine

Was tun? Wollen wir auch zur »Elektronischen Bürgerpost« übergehen? Dann bleiben sehr viele ältere, treue Leser auf der Strecke, die sich mit der modernen Technik noch nicht anfreunden oder sie sich einfach nicht leisten können. Natürlich ist die elektronische Form einer Zeitung billiger, interessanter und schneller zu machen. Dabei kann man vieles auch in Farbe senden, was aus Kostengründen über Papier gar nicht verkraftbar ist. Der Redakteur übernahm es, zu prüfen, ob man nicht beide Gleise bedienen kann.

Neben einigen Vereinsinterna betreffs Fragen zur Gemeinnützigkeit und zum Umgang mit der Umsatzsteuer, tauschten die Vereinsmitglieder ihre Ansichten zur politischen Situation in der BRD und in Europa aus.

Sind wir eigentlich noch eine Nation mit ihren Merkmalen, wenn sich die Autonomie auf vielen Bereichen schon gesamteuropäischen Interessen zu unterwerfen hat? Wer weiß die Antwort? Laßt uns darüber debattieren, sagt der Vereinsvorsitzende und fordert die Leserinnen und Leser zur Diskussion auf.

Weshalb, glaubt ihr wohl, schreiben wir über unser Vereinsleben? Nehmen wir an der großen Krise teil, die nicht nur die Finanzwelt betrifft. Die Banken und Versicherungen haben einen nicht geringen Anteil daran, aber die Ursachen liegen tiefer. Gesellschaftliche Produktion und private Aneignung sind der Widerspruch an sich, wie das staatliche Schuldenmachen zur Finanzierung der Großaktionäre privater Banken und die Lastenverteilung auf die breite Gesellschaft der Geringverdiener. Laßt uns über das heiße Eisen offen sprechen. Aufklärung tut gut. Vielleicht wird unsere Zeitung dadurch noch interessanter.

Liebe Leserinnen und Leser. Wir warten auf Ihre Reaktion.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

vertragliche Bindungen ein. Überzeugen Sie sich selbst von unseren schmackhaften Menüs. Wir bieten auch einen Party-Service für die Ausrichtung von Feierlichkeiten aller Art und bis zu 500 Personen an. Wir liefern belegte Brötchen, Kuchen oder Büffet, stellen Getränke bereit und vermitteln Ihnen bei Bedarf Räumlichkeiten.

So erreichen Sie uns: Küche der Volkssolidarität Barnim e.V., 16230 Britz, Joachimsthaler Straße 100, Telefon 03334/279106.

KERSTIN MAIER

Wieviel Geld darf der Müll kosten?

von Johannes Madeja

Es stand schon in der Zeitung: Der Müll soll teurer werden. Das ist so eine Redensart, denn der Müll wird nicht teurer. Diejenigen, die davon leben, daß sie anderen den Müll abnehmen, die wollen mehr Geld dafür und wir sollen einfach nur bezahlen. Das heißt dann: Der Müll ist teurer geworden. Ob das alles »rechters« ist, das steht auf einem anderen Blatt. Gerade wir im Barnim haben hier leidvolle, sehr sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Die GAB, Gesellschaft für Abfallwirtschaft Barnim, Hauptgesellschafter ist der Landkreis, hat uns jahrelang zu viel Geld für den Müll berechnet und kassiert. Dutzende von Verwaltungsgerichtsverfahren waren nötig, um den Landrat, der sein Fehlverhalten immer bestritt, auf den rechten Weg zurückzubringen. Dank den mutigen Widerspruchsführern und Klägern! Denen hätte das zu Unrecht kassierte Geld nun zurückgezahlt werden müssen. Aber dafür war der Verwaltungsaufwand ja viiiiiel zu groß. Das Geld wurde flugs umgetauft und kam als Rücklage allen zugute, immerhin! So haben auch die Trittbrettfahrer, die für einen Widerspruch zu bequem oder zu feige waren, einen Vorteil. Einen Anspruch hatten sie nicht.

Die Müllgebühren werden ja jetzt gewissenhaft kalkuliert, jedenfalls hoffen wir das alle. Die Kontrolle ist nicht ganz einfach. Wofür bezahlen wir beim Müll eigentlich?

Zunächst bezahlen wir für das Einsammeln und Transportieren, erst nach Bernau und dann nach Vorketzin zur Behandlung und Deponierung. Das kostet Geld: Die Fahrzeuge, der Kraftstoff, die Organisation und natürlich der Arbeitslohn sind teuer und wohl auch teurer geworden. Wenn es um den Lohn der Müllwerker geht, ist sicher jeder bereit, seinen Anteil zu leisten, damit dieser Knochenjob ordentlich bezahlt wird. Ist das alles? Natürlich nicht!

Kalkuliert wird z.B. die »Beseitigung herrenloser Abfälle«, so heißt das Einsammeln von Müll, den gewissenlose Leute irgendwo in der Natur abgeladen haben. Normal wäre nun, daß die dann zur Kasse gebeten werden, aber »normal«, das macht Arbeit und ist nicht immer erfolgreich. Bequemer ist, die Beseitigung zu kalkulieren und die Allgemeinheit bezahlen zu lassen. Im Landkreis Barnim wird dieser Weg gegangen, aber gerecht ist das nicht!

Kalkuliert wird auch das Schadstoffmobil, das zweimal im Jahr in jeder Gemeinde Station machen soll, um gefährliche Stoffe, die nicht in den Müll gehören, gesondert einzusammeln. Der Grundgedanke ist gut und richtig. Die Furcht davor, daß die Schadstoffbesitzer das Zeug einfach irgendwo, beliebt sind Toiletten, ausschütten könnten, wenn es kein Schadstoffmobil gäbe, ist nicht unbegründet. Das Schadstoffmobil muß der Allgemeinheit und jedem einzelnen nutzen.

Hier ist der Haken. Berufstätige können die Dienste des Schadstoffmobils nur selten nutzen, denn nach Feierabend ist das Schadstoffmobil nicht mehr da – es hat auch Feierabend. Aber die Situation hat sich in den vergangenen Jahren geändert! Man kann heute gefährliche

Stoffe da abgeben, wo man sie mal gekauft hat, z.B. alte Arzneimittel in der Apotheke und Altöl an der Tankstelle oder in der Werkstatt. Viele Bürger nutzen diese Möglichkeit vorbildlich und scheuen den kleinen Aufwand nicht.

So ein Schadstoffmobil ist ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor. Brauchen wir es wirklich noch? Oder genügt es, ortsfeste Annahmestellen zu haben? Die müßten nicht einmal täglich geöffnet sein. Man kann die Fahrt zur Annahmestelle mit anderen Besorgungen verbinden. Das verringert den Aufwand. Es lohnt sich, darüber zu reden.

Kalkuliert wird auch die Sperrmüllentsorgung. Dazu gibt es eine Sperrmüllkarte. Ein Anruf und schon wird der Sperrmüll abgeholt – kostenlos, d.h. wir bezahlen es alle mit unseren Gebühren. Aber kann, wer sich alle drei Jahre neu möbliert, sich nicht auch leisten, die Abholung der alten Möbel selbst zu bezahlen? Es ist wohl ein Fall von falsch verstandener Solidarität, wenn die Mehrheit, die sich diesen Luxus nicht leisten kann, dafür mitbezahlen soll. Zudem nehmen die Möbelhäuser ausgemusterte Möbel zunehmend gern zurück. Oft werden sie aufgearbeitet und modernisiert. Das ist besser, als sie zu schreddern.

Das waren einige Beispiele für Kostenfaktoren, die derzeit kalkuliert werden.

Ein erheblicher Faktor sind natürlich auch die Kosten für die Organisation der Abfuhr durch die Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG). Den großen Teil der formalen Arbeit erledigen inzwischen Computer. Gebührenbescheide werden nicht mal unterschrieben. Die BDG müßte also mit einer sehr kleinen Mannschaft von Mitarbeitern auskommen. Es lohnt sich, diesen Kostenfaktor ganz streng unter die Lupe zu nehmen. Jeder Mitarbeiter kostet mindestens 40.000 Euro im Jahr. Dafür kann man eine Menge Müll einsammeln!

Beim Einsammeln und Transportieren – hier entstehen die meisten Kosten – spielt die Größe der Behälter und die Häufigkeit der Abfuhr eine entscheidende Rolle. Hier gilt es, die Entsorgung mit Augenmaß bedarfsgerecht zu gewährleisten. Die Bedingungen sind auf dem Land grundsätzlich anders als in den Ballungsgebieten. Bei dichter Bebauung kann man Großbehälter einsetzen, die in kürzeren Abständen zu leeren sind. Auf dem Dorf genügen kleinere Behälter, auch weil dort z.B. Küchenabfälle traditionell – sehr vernünftig – selbst kompostiert werden. Dort reicht es, wenn das Müllfahrzeug statt alle drei nur alle vier Wochen kommt. So läßt sich eine Menge Kraftstoff sparen – und nicht nur Kraftstoff.

Vor Jahren gab es heiße Diskussionen, welches Müllvolumen je Person und Woche kalkuliert werden sollte. Jene, die damals für 10 Liter je Person und Woche als richtigen Ansatz votierten, behielten recht. Es gibt ja bei zeitweilig höherem Müllanfall immer die Möglichkeit, sich einen zusätzlichen Müllbeutel zu kaufen. Eine gute Lösung, die die Bürger auch nutzen.

Trotzdem – das Thema Müllgebühren war und ist und bleibt ein »heißes Eisen«. Hundertprozentige »Müllgerechtigkeit« wird es nicht geben. Es wird immer Bürger geben, bei denen sehr wenig Müll anfällt und die fühlen sich dann ungerecht behandelt. Systeme, die mehr »Gerechtigkeit« anstreben, z.B. durch Verwiegen der Behälter und die Erfassung über Chips, sind einfach zu teuer. Auch die Wiederbelebung des Müllmarkensystems ist keine bessere Lösung. Der bisherige »Barnimer Weg« hat sich als erfolgreich erwiesen. Wir sollten ihn weitergehen. Das bedeutet: Alle Kostenfaktoren gehören auf den Prüfstand. Was vor fünf Jahren richtig war, muß heute nicht mehr stimmen. In erster Linie muß es darum gehen, die Kosten zu minimieren. Dann geht es darum, die eigenen Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Derzeit stellen viele Bürger ihr Altpapier und auch Altmetall der BDG kostenlos zur Verfügung. Die Verkaufserlöse fließen in die Kalkulation ein. Aber auch Glas und Kunststoffe kann man als Sekundärrohstoffe verkaufen. Hier gibt es also noch Reserven. Die Wertstofftonne »plus« ist ja schon erfunden. Wenn alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft sind und alle Kostenfaktoren auf ein vernünftiges Maß reduziert wurden, dann bleibt zum Schluß der Bürger, der mit seinen Gebühren dafür sorgen muß, daß das System funktioniert.

Auch beim Müll gelten die Gesetze der Marktwirtschaft. Es ist üblich, ja gar vorgeschrieben, Dienstleistungen auszuschreiben. Es erhält das Unternehmen den Zuschlag, das die Leistung am günstigsten anbietet. Das muß nicht der Landkreis sein! Günstig heißt hier: Garantie der Entsorgungssicherheit und möglichst geringe Gebühren für alle.

Deshalb: Eine Gebührenerhöhung ist immer nur die letzte Option. Ziel im Interesse aller Bürger muß es sein, durch gutes Wirtschaften und kluge Entscheidungen mit einer geringen Belastung der Bürger auszukommen.

Hier ist der Kreistag gefordert. Er hat die Weichen im Interesse der Bürger zu stellen. Bereits im November soll der Kreistag die neue Satzung und, wenn es nach den Vorstellungen der Verwaltung geht, eine deftige Gebührenerhöhung beschließen.

Voices of Transition –

Stimmen des Wandels

Kinostart zum Welternährungstag

Das Jahr 2012 ist das von der UNO ausgerufene Jahr der »landwirtschaftlichen Kooperativen«. Zusätzlich findet am 16. Oktober der Welternährungstag (World Food Day, von der FAO ausgerufen) statt: An diesem wichtigen Termin wird »Voices of Transition« seinen deutschlandweiten Kinostart erleben.

In Eberswalde – im Kino MovieMagic – wird der Film von den lokalen Initiativen *wandelBar*, *Slow Food Barnim-Oderland*, *GELA Eberswalde*, *Alnus e.V.* und *Gentechnikanbaufreie Region südlicher Barnim* präsentiert.

MovieMagic Eberswalde, 16.10., 20:15

Eintritt: 5 Euro, 65 Min, in deutscher Sprache

Anschließend stellen die oben genannten regionalen Initiativen sich, ihre Projekte und Mitmachmöglichkeiten kurz vor und es bleibt Raum für Austausch.

Inhalt des Films

Frankreich ist eine der führenden Nationen in der Forschung zur Agrarforstwirtschaft. Das natürliche Ökosystem Wald ist die beste Inspirationsquelle, wenn es darum geht, aus unseren leblosen Monokulturen wieder diversifizierte und ertragreiche »eßbare« Landschaften zu gestalten...

In England boomt die »Transition Town Bewegung«. Auf lokaler, zivilgesellschaftlicher Basis eröffnet man sich völlig neue Möglichkeiten, um die Ernährungsproduktion auch in unsere Städte zu bringen und um die Grundsteine für eine Energie und Ressourcen schonendere, dezentralisierte und krisenfestere Gesellschaft zu legen.

Auf Kuba hat ab 1991 ein ganzes Volk die bitteren Folgen eines vorzeitigen »Peak Oil« auf eine erdölabhängige Landwirtschaft erleben müssen. Aus der Not ist eine Tugend geworden. Die Karibikinsel ist mittlerweile zum Vorreiter für Agrarökologie und urbane Landwirtschaft geworden: 70 % der in La Habana konsumierten Früchte und Gemüse werden innerhalb der Stadt hergestellt – alles rein biologisch!

INGO FROST

Über WandelBar

WandelBar ist eine von weltweit ca. 1000 Transition Town-Initiativen, mit der Bürgerinnen und Bürger regionalen Wandel auf den Weg bringen. Im Kontext von Klimawandel und Ressourcenkrisen werden nachhaltige Konzepte vor Ort umgesetzt. Mit positiven Zukunftsbildern werden die Herausforderungen, vor denen wir stehen, angenommen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestaltet. WandelBar ist in Eberswalde u.a. mit der Aktion »Grüner Bahnhof« im Mai 2012 und mit der Initiative zum Gemeinschaftsgarten im Brandenburgischen Viertel aktiv geworden.

www.stadt-und-land-im-wandel.de

17. Barnimer Umweltpreis verliehen

Eberswalde (b90/bbp). Am 14. September verliehen Bündnis 90/Die Grünen zum 17. Mal den Barnimer Umweltpreis. Ehrenurkunden und Preisgelder für besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz überreichten Andreas Fennert, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft als Hauptstifter des Preises, sowie Karl-Dietrich Laffin, Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim von Bündnis 90/Die Grünen.

Den 1. Preis, verbunden mit einem Preisgeld in Höhe von 300 Euro, erhielt in diesem Jahr die Initiative »Gemeinschaftsgarten« aus Eberswalde. Mit großem ehrenamtlichen Engagement schaffte es die Initiative, die in einer Masterarbeit entwickelte Idee eines Gemeinschaftsgartens im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde in die Tat umzusetzen. Auf dem Weg dorthin waren einige bürokratische Hürden zu überwinden und Rückschläge zu verkraften. Inzwischen gärtnern auf einem lange brachliegenden Teil des Schulgartens an der Beeskower Straße Familien, Senioren, Kinder und Studenten gemeinsam. Sie bauen eigenes, gesundes Gemüse an und erleben soziales Miteinander.

Der 2. Preis, verbunden mit 200 Euro Preisgeld, ging an das ehrenamtliche Organisationsteam des »Tags der Sortenvielfalt«. Die drei Aktivisten aus Eberswalde haben sich den Erhalt und die Verbreitung alter Kulturpflanzen auf die Fahnen geschrieben. Zu diesem Zweck organisierten sie inzwischen bereits drei Mal einen »Tag der Sortenvielfalt« und lockten damit viele Besucher in den Forstbotanischen Garten. Mit allen Sinnen konnten diese dort alte Obstsorten erleben und Duftöle aus historischen Rosensorten kennenlernen. Viele Angebote zum Selbstmachen führten Kinder an die Schätze der Natur heran.

Den 3. Preis und 100 Euro Preisgeld erhielt die Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland des Verbands Die Naturfreunde. Die Gruppe um den Vorsitzenden Bernd Müller wirkt seit 10 Jahren in der Region. Mit jährlich rund 90 Veranstaltungen wird den zahlreichen Teilnehmern die Natur näher gebracht. Der Verein organisiert z.B. geführte Wanderungen und Film-

abende, führt Projekte mit Kindergärten und Unterricht an Schulen durch und kümmert sich um die Wanderwegemarkierung.

Mit einer Anerkennung geehrt wurden das Projekt »Umwelt baut Brücken – Junge Europäer im Dialog« des Paulus-Praetorius-Gymnasiums Bernau, die Bürgerinitiative »Schweizer Viertel« aus Panketal und der Verein »Wukaninchen« e.V. aus Biesenthal. Die Schüler der Jahrgangsstufen 10 und 11 aus Bernau recherchierten in einem dreijährigen, außerschulischen und länderverbindenden Projekt zu aktuellen Umwelt- und Naturschutzprojekten in ihrer und der Partnerregion in einem südosteuropäischen Land. Dazu fanden gegenseitige Besuchswochen statt, in denen die Schüler praktischen Umweltschutz und die jeweiligen umweltpolitischen Bedingungen hautnah erlebten.

Die Aktivisten der BI »Schweizer Viertel« engagierten sich seit 2009 für einen umweltgerechten und kostengünstigen Ausbau der Anliegerstraßen in ihrem Wohnviertel. In konstruktiver Zusammenarbeit mit der Verwaltung und unter hoher Bürgerbeteiligung konnte eine Überarbeitung der ursprünglichen Planung erreicht werden. Dies bedeutete eine erhebliche Reduzierung des Versiegelungsgrades, eine Verbesserung des Wasserhaushaltes durch erhöhte Versickerung und den Erhalt von Bäumen und Grünflächen.

Die Frauen im Verein »Wukaninchen« aus Biesenthal arbeiten seit 2010 an der Gründung eines reformpädagogischen Naturkindergartens. Derzeit erfolgt in überwiegend ehrenamtlicher Arbeit die ökologische Sanierung des zukünftigen Kitagebäudes. 2013 soll die Naturkita eröffnet werden.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Clinch im Gemeinschaftsgarten?

Eberswalde (bbp). Eben konnten die Mitglieder der Initiative »Gemeinschaftsgarten im Brandenburgischen Viertel« freudig den Umweltpreis der Barnimer Bündnisgrünen entgegennehmen. Doch herrscht im Garten an der Beeskower Straße nicht nur eitel Freude. Zunehmend gibt es auch Kritik. Vor allem seitens einstiger Mitstreiter, die sich wegen verschiedener Querelen vom Gartenkollektiv zurückgezogen haben.

Unter den »Ehemaligen« ist auch Frau B., eine ältere Dame aus der Nachbarschaft, die sich darüber beklagt, daß es den jungen Frauen, die derzeit die organisatorischen Fäden in der Hand halten, an Fähigkeiten zur Konfliktlösung mangelt. Nach mehrfach vorgetragenen ungerechtfertigten Vorwürfen ihr gegenüber, habe sie die Konsequenz gezogen und auf eine weitere Mitarbeit im Garten verzichtet. Es ging



ihr ohnehin weniger um das Ernten von frischem Gemüse, als um den Spaß. »Wenn die jungen Mädchen nichts von meinen Erfahrungen wollen, dann bitteschön«, sagt sie. »Ich muß den Streit nicht haben.« Ob sie wieder mitmacht, wenn sich die Initiative organisatorisch stabilisiert, ließ Frau B. offen.

Dienst nach Vorschrift in der UNB

Sondersitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft

Vierzehn Tage vorher hatte der Ausschußvorsitzende die planmäßige Sitzung des Kreis Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft abgesagt. Ich hatte dagegen protestiert und darauf hingewiesen, daß es genügend Themen gibt, die im Ausschuß behandelt werden sollten. Am 2. Oktober gab es eine Sondersitzung mit der Begründung, daß die Baumschutzverordnung nun doch ganz wichtig sei.

Zwei der von mir vorgeschlagenen Themen standen auch auf der Tagesordnung. Zunächst ging es aber um die Baumschutzverordnung. Bereits der Beginn der Diskussion offenbarte, daß es dazu durchaus unterschiedliche und leider immer noch verschwommene Vorstellungen gibt, obwohl das Thema ja nun schon seit 2003 auf der Tagesordnung steht. Noch immer haben die Ausschußmitglieder kein beschlußfähiges Papier in den Händen!

Bei der Beratung, ob zukünftig nur der Kreis oder doch die Gemeinden oder auch beide zuständig sein sollen, wurde die Konzeptionslosigkeit der Akteure offensichtlich. Die Arbeitsgruppe »Baumschutz« sieht die Ergebnisse ihrer dreijährigen Arbeit in Gefahr, die Kreisverwaltung will mehr Geld haben und schließlich soll der Kreis in zwei »Zonen« aufgeteilt werden.

Beim Geld geht es um 40.000 Euro pro Jahr, von denen 24.000 Euro durch Gebühren eingenommen werden sollen. Die Zone A soll strengere Vorschriften haben als die Zone B.

Zone A ist für Gemeinden mit besonders reger Bautätigkeit gedacht, also mit besonderem »Fällungsdruck«. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder hielt das wohl für keine so gute Idee. Zustimmung habe ich nicht gehört, nur Kritik und betretenes Schweigen derjenigen, welche die Idee hatten. Abschluß der Debatte war dann der Beschluß, an der kreiseinheitlichen Satzung weiterzuarbeiten und das Thema erneut zu beraten.

Wer wie ich den Eindruck hatte, das Ergebnis ist mit dem Hornberger Schießen vergleichbar, der liegt sicherlich nicht falsch!

Der Tagesordnungspunkt »Illegale Baumfällungen im Kreisgebiet zur Unzeit (Brutzeit)« brachte das bereits aus der Tagespresse bekannte Ergebnis, also nichts!

Die Naturschutzbehörde (UNB) bedauert, sie ist aber gar nicht zuständig, da in den angeführten Fällen (Thimm, Flugplatz) das Waldgesetz gilt, das bestimmte bevorzugte Fäll- und Schonzeiten nicht kennt. Das wußte auch der Ausschußvorsitzende so. Die zuständige untere Forstbehörde untersteht nicht dem Landkreis und in einem Fall, Kampfmittelberäumung auf dem Flugplatz, hätte die Kreisverwaltung im Nachgang Verstöße geahndet. Um den Kahlschlag am Autobahndreieck Schwanebeck hat sich die UNB offenbar gar nicht gekümmert. Schließlich ist das ein Bundes-Bauvorhaben.

Wie der dergestalt organisierte Raubbau an der Natur zukünftig gestoppt werden kann, diese Frage steht für die UNB nicht. Hier regiert der Dienst nach Vorschrift. Das ist vollständig unbefriedigend – und das habe ich auch so gesagt.



Baumfällungen während der Vogelbrutzeit, wie im Frühjahr bei Thimm Verpackung, werden immer wieder kritisiert. Die UNB zeigt sich hilflos.

Zum TOP »Verunreinigung der Wohnumwelt in Eberswalde durch Anlagen des ZWA« hatte sich Herr Dr. Steiner, Gast im Ausschuß, eingangs mit einer Frage geäußert. Der ZWA hatte Frau Wagner geschickt, die vorgetragen, was auch schon in der Zeitung stand, allerdings doch etwas ausführlicher.

Das Ergebnis läßt sich kurz so zusammenfassen: Der ZWA bedauert die Vorkommnisse. Er hat sich bemüht, kurzfristig zu reagieren und schädliche Folgen für die Umwelt zu vermeiden. Es gibt in Eberswalde ein Trennsystem, d.h. Trennung von Schmutz- und Niederschlagswasser durch separate Leitungen. Die Trennung ist jedoch nicht durchgehend. Es gibt Überläufe. Das System besteht ja zu mehr als 50 Prozent aus Altanlagen und es versagt regelmäßig bei »Starkregenereignissen«. Dann werden die Schmutzwasserleitungen, die im Normalfall ausreichende Kapazitätsreserven haben, über Gebühr beaufschlagt. Ergebnis: Fäkalwasser tritt aus dem Schmutzwassersystem aus. Vorbeugende Maßnahmen – Befahrungen, Spülungen, Alarmanlagen – können Schadereignisse nicht immer verhindern. Im Klärwerk selbst ist es gelungen, sich auf besondere Situationen einzustellen. Dort gab es ein »Überlaufen« seit zwei Jahren nicht.

Ergebnis: Die offensichtliche Ohnmacht des ZWA – die Bemühungen werden durchaus anerkannt – muß ersetzt werden durch ein wirksames Regenwassermanagement in Zusammenarbeit mit dem Eberswalder Rathaus.

Der Ausschuß hat erkannt, daß es wichtig war und ist, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Vertreter der Stadtverwaltung sollen auch noch gehört werden.

JOHANNES MADEJA

50Hertz erhofft Planfeststellung

Eberswalde (bbp). »Wir brauchen die 380-kV-Uckermarkleitung dringend. Und das so schnell wie möglich.« Mit dieser klaren Ansage wandte sich Jens Christen vom Brandenburger Energieerzeuger ENERTRAG AG am 27. September an das gut gefüllte Auditorium der Informationsveranstaltung »Netze für die Energiewende« im Eberswalder Haus Schwärzetal. Dies kann man auf der Internetseite des Netzbetreibers 50Hertz Transmission GmbH lesen. Die IHK Ostbrandenburg, die Deutsche Umwelthilfe und die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, heißt es weiter, haben zu der Veranstaltung eingeladen. ENERTRAG ist ein europäischer Windstromerzeuger und betreibt u.a. mehrere Windparks in Mecklenburg-Vorpommern. Oliver Britz, Fachgebietsleiter Genehmigungen bei 50Hertz, hörte diese Forderung gern. Mit dem zu Ende gehenden Planfeststellungsverfahren sei man bei der Uckermarkleitung inzwischen auf gutem Wege, so Britz.

Auf die eigentlichen Fragen der IHK-Veranstaltung geht die Information von 50Hertz nicht ein. So sollte beispielsweise diskutiert werden, ob wirklich alle Netzausbauvorhaben erforderlich sind. Auch die Fragen »Geht es nicht auch als Erdkabel?« und »Welche Kosten kommen auf die Stromkunden zu?« sollten behandelt werden. Informationen, welche Antworten darauf gegeben wurden, lagen zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

50Hertz in der Warteschleife

Cottbus (bbp). Die Planungen für den Bau der 380 kV-Freileitung durch Eberswalde und das Biosphärenreservat sind ins Stocken geraten. Signale aus dem Bergamt in Cottbus vermitteln den Eindruck, daß im Jahr 2012 nicht mehr mit einem Planfeststellungsbeschuß zu rechnen ist. Die Netzbetreiberfirma 50Hertz Transmission GmbH plant seit mehreren Jahren eine Höchstspannungsfreileitung zwischen Neuenhagen bei Berlin und Bertikow bei Prenzlau und trifft dabei auf erhebliche Widerstände. Neben der Querung des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin und von zwei europäischen Vogelschutzgebieten wird vor allem kritisiert, daß die Höchstspannungsleitung mehrfach in unmittelbarer Nähe von Wohnbauung verlaufen soll. Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat bereits vor einigen Jahren beschlossen, daß die Leitung im Stadtgebiet als Erdkabel verlegt werden soll.

Sozial-ökologischer Umbau

Berlin (bm). Zu einer Ostdeutschland-Anhörung lädt Dr. Dagmar Enkelmann (MdB) am 15. Oktober ab 10 Uhr in den Fraktionsaal der Linken im Reichstagsgebäude ein. Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft ist eine Antwort auf die anstehenden Herausforderungen und er kennt viele Facetten. Für Die Linke bieten sich konkrete Einstiegsfelder in den sozial-ökologischen Umbau.

In der Vergangenheit war für die Lohnabhängigen in der BRD kennzeichnend, daß die Löhne stagnierten oder zeitweilig sogar erheblich absanken. Folge waren geringere Rentenbeiträge und entsprechend niedrigere Rentenansprüche. Eine wesentliche Ursache dafür war die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung und der anschließenden »großen« Koalition von CDU und SPD. Sie fand ihren Ausdruck vor allem in der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen, die z. B. zu einer unerträglichen Ausdehnung der Billiglöhne führten. Verschärft wurde diese Entwicklung durch die Langzeitarbeitslosigkeit, die besonders in den neuen Bundesländern für viele Menschen schwerwiegende Auswirkungen auf ihre künftige Rente hat.

Ein weiterer Grund für künftig niedrigere Renten und die zu erwartende Altersarmut sind die Rente mit 67 und die erheblichen Rentenkürzungen auf 43 Prozent des Nettolohnes. Die als Gegenmittel angepriesene Riesterreente ist völlig ungeeignet, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu mildern oder gar auszugleichen. Sie dient nicht den Rentenbeitragszahlern sondern vorrangig dem Profit der Versicherungskonzerne. Sie ist ein Feigenblatt für die Aufhebung der früheren Parität der Rentenbeiträge von Lohnnehmer und -geber. Hinzu kommt, daß die Riesterreente für Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen nur wenig oder gar nicht wirksam wird, weil die dadurch höhere Rente nicht ausreicht, das Existenzminimum zu sichern und die Altersarmut aufzuhalten, ihre Riesterreente also auf Grundversicherungs- oder Sozialhilfeleistungen angerechnet wird.

Interessant ist eine vielfach nicht bekannte Vorgeschichte bei den Veränderungen der Rentenbedingungen durch die rot-grüne Bundesregierung und bei Einführung der Riesterreente. Der damalige SPD-Finanzminister Oscar Lafontaine wollte mit gesetzlichen Maßnahmen über die Steuer die Profite der Versicherungskonzerne zugunsten der Riesterreente einschränken. Nach dem Protest der Versicherungsbosse bei Bundeskanzler Schröder – zu dem auch sein Busenfreund Maschmann gehörte – wurden diese Maßnahmen abgeblockt. Bezeichnend für die Verflechtung der damals Regierenden ist auch, daß Ex-Arbeits-

Gedanken zur Rente

Inzwischen wird übereinstimmend festgestellt, daß ein großer Teil der künftigen Rentner an oder unter der Armutsgrenze leben wird, wenn keine grundlegenden Veränderungen erfolgen. Über Ursachen und Wege dazu gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Wir möchten dazu einige Gedanken darlegen. Zuerst scheint es notwendig, die Ursachen für die bereits erkennbare gefährliche gesellschaftliche und soziale Entwicklung zu analysieren.

minister Riester (SPD) einen lukrativen Posten bei einem der beteiligten Versicherungskonzerne erhielt.

Unbestritten ist, daß die zunehmende Zahl an Rentnern und die gleichzeitig abnehmende Zahl der Arbeitenden auf Grund der Altersstruktur der Bevölkerung ein Problem für die Finanzierung der künftigen Renten darstellt. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit, weil verschwiegen wird, daß die steigende Arbeitsproduktivität der Beschäftigten Bedingungen schafft, diese negativen Auswirkungen auszugleichen. Das setzt allerdings voraus, daß die Lohnabhängigen über höhere Löhne und flächendeckende Mindestlöhne an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität beteiligt werden.

Ein trauriges Kapitel in der Rentengeschichte ist die Tatsache, daß entgegen allen Versprechungen der regierenden Parteien seit 20 Jahren die Rentenangleichung Ost an die Westrenten nicht nur verhindert, sondern neuerdings ganz abgeschrieben wird. Dadurch wird die ohnehin größere Gefahr der Altersarmut in den neuen Bundesländern durch Arbeitslosigkeit und Billiglöhne noch verstärkt.

Es bleibt die Frage, wie die heutige schon erkennbare Entwicklung der Altersarmut für etwa ein Drittel der künftigen Rentner gemildert oder beseitigt werden kann. Dazu folgende Überlegungen:

1. Eine grundlegende Voraussetzung für stabile Renten und die Verhinderung der Altersarmut sind Beschäftigung und faire Löhne, die die Beschäftigten gerecht an der Produktivitätsentwicklung beteiligen. Dazu gehört auch ein flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, der an künftige Preis- und Kostenentwicklungen anzupassen ist.

2. Die gesetzliche Rentenversicherung und ihr Ausbau muß das Kernstück für die Rente bleiben. Dazu wäre u.a. erforderlich:

– Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze und verstärkte Anwendung des Solidarprinzips für das höhere Beitragsvolumen.

– Erweiterung des Personenkreises für das staatliche Rentensystem, z.B. durch Beamte und Handwerker.

– Wiederherstellung des paritätischen Anteils der Unternehmer an den Rentenbeiträgen.

– Eingesparte staatliche Lohnsubventionen aus Steuergeldern durch einen flächendeckenden Mindestlohn sind der Rentenkasse zuzuführen.

Es sollte eine Mindestrente eingeführt werden, die finanziell aus den vorgenannten Maßnahmen gedeckt wird.

3. In Verbindung mit den vorgenannten Maßnahmen sollte die Rente mit 67 und die damit verbundene Rentenkürzung auf 43 Prozent des Nettolohnes aufgehoben und durch ein differenziertes System des Übergangs zur Rente ersetzt werden. Die hohen Profite der Versicherungskonzerne sollten zu Gunsten der Versicherungsnehmer eingeschränkt und höher besteuert werden.

4. Für die Angleichung der Ostrenten an die Westrenten sollte noch im Jahre 2012 eine Konzeption ausgearbeitet werden, die von einer zeitlich und inhaltlich fairen Regelung ausgeht und die 2013/14 umgesetzt werden sollte.

Die bisherigen Rentenkonzepte von der CDU aber auch der SPD sind leider meist nur Schönheitskorrekturen. Demgegenüber enthält das Rentenkonzept der Linkspartei und die Vorstellungen der Sozialverbände und der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) grundsätzliche Maßnahmen zur Veränderung.

Die bevorstehenden Diskussionen zur Bundestagswahl 2013 sollten genutzt werden, um wirksame Schlußfolgerungen für die künftige Sicherung der Renten im Kampf gegen die Altersarmut zu erarbeiten.

GISELA KOCH und Dr. HELMUT KOCH

Bundestagswahlkampf zur falschen Zeit?

Wer Anfang Oktober einigermaßen aufmerksam die Heegermühler Straße in Eberswalde, Höhe Kranbau, entlang fuhr oder ging, mußte nicht schlecht staunen. Bundestagswahlplakate mit dem Antlitz des Stadtverordneten Dr. Günther Spangenberg (Allianz Freier Wähler) hingen an den Laternenpfählen. Ein Jahr vor der Zeit? Bei genauerem Hinsehen stellte sich heraus, daß es alte Plakate von der 2009er Bundestagswahl waren.

War da ein Witzbold am Werke? Oder wollte jemand gebührend würdigen, daß Dr. Spangen-

berg kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung zum Fraktionsvorsitzenden aufstieg?

Möglicherweise handelte es sich aber auch um einen völlig profanen Grund. Neben dem schon etwas durchnäbten Plakat auf dem Foto findet sich die abgerissene oder abgeweckte Ankündigung eines »Oktoberfestes« in der Hufeisenfabrik. Vielleicht haben die Organisatoren nur alte Plakatauhänger genutzt – nur, daß sie minderwertigen Westkleister benutzten, der den herbstlichen Witterungsverhältnissen einfach nicht standhielt. G.M.



Umfairteilen wird zur sozialen Bewegung

Was für ein beeindruckender Tag: 40.000 Menschen gingen gestern von Flensburg bis ins Allgäu für eine höhere Besteuerung von Reichtum auf die Straße. Überall ertönten »Umfairteilen«-Sprechchöre und die großen Kundgebungen in Berlin, Bochum, Frankfurt, Hamburg und Köln glichen einem Fahnensee. Aus einem Bündnis von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Globalisierungskritikern und vielen weiteren Organisationen ist eine bunte, kraftvolle Bewegung für eine solidarischere Gesellschaft geworden!

Zugegeben: In unseren kühnsten Träumen hätten wir uns in manchen Städten schon ein paar Tausend mehr Menschen bei den Demos gewünscht. Noch erreicht »Umfairteilen« nicht die Dimension der Anti-Atom-Proteste. Doch eine neu entstehende Bewegung braucht immer ihre Zeit – und ihre Basis. Und die ist jetzt gelegt: Innerhalb von nur zwei Monaten sind in 50 Städten regionale Bündnisse entstanden, die »Umfairteilen« überall im Land verankern.

Und noch etwas haben wir als Bündnis in den letzten zwei Monaten geschafft: die Verteilungsfrage wieder ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Mit Dagobert-Aktion und Pressekonferenz stießen wir Anfang August eine breite gesellschaftliche Debatte an: In den Kommentarspalten der großen Zeitungen, in Talkshows, Internetforen und Veranstaltungen wird seitdem über Steuergerechtigkeit intensiv diskutiert.

Jetzt heißt es dran bleiben: Im Wahljahr wird »Umfairteilen« als zivilgesellschaftliches, parteipolitisch unabhängiges Bündnis weiter vehement die konsequente Besteuerung von Vermögen einfordern. Spätestens die nächste Regierung muß eine Wende in der Steuerpolitik vollziehen. Campact wird weiter sehr intensiv im Bündnis mitmischen – und auch eigene Akzente setzen.

Mit langem Atem am Thema dran bleiben und bei sich ergebenden Chancen schnell und flexibel reagieren – das machen vor allem die über 10.000 Campact-Fördererinnen und För-



Die Linke beteiligte sich an den »UmFairteilen«-Demonstrationen, u.a. mit der Forderung nach einer Millionärsteuer. In Berlin marschierte Gregor Gysi mit.

derer möglich. Bereits mit einem monatlichen Beitrag von fünf oder zehn Euro können auch Sie helfen, die Handlungsmöglichkeiten von Campact entscheidend auszuweiten.

Als Campact-Förderer/in werden Sie zur jährlichen Ideenwerkstatt eingeladen und erhalten den vierteljährlichen Förderer-Rundbrief. Am Jahresanfang erhalten Sie eine steuerlich absetzbare Spendenquittung über Ihre Beiträge (www.campact.de/campact/unterstuetzen/foerdermitgliedschaft/).

ANNETTE SAWATZKI
und CHRISTOPH BAUTZ

Campact – Demokratie in Aktion

Zwei Campact-Kamerateams haben Bilder und Stimmungen aus Berlin und Frankfurt eingefangen. Schauen Sie unseren Demo-Film: <https://www.campact.de/>

Bundesregierung mißtraut Zivilgesellschaft

Verfassungsschutz soll über Gemeinnützigkeit von Vereinen entscheiden

»Die Tatsache, daß der Verfassungsschutz darüber entscheiden soll, ob ein Verein gemeinnützig ist oder nicht, bringt ein großes Mißtrauen der Bundesregierung gegenüber der Zivilgesellschaft zum Ausdruck.« So kommentiert Hans Wolf vom Vorstand der Aktion 3. Welt Saar die geplante Verschärfung im Gemeinnützigkeitsrecht. Am 26. September fand im Finanzausschuß des Bundestages die Anhörung zum Steuergesetz 2013 statt. Dort soll die Abgabenordnung (§ 51, Abs.3) geändert werden.

Gemeinsam mit 165 weiteren Organisationen protestierte die Aktion 3. Welt Saar gegen die geplante Verschärfung.

Sobald eine Organisation von einem der Verfassungsschutzämter in den Bundesländern als extremistisch eingestuft wird, verliert sie automatisch und ohne weitere Anhörung ihre Gemeinnützigkeit. Dabei ist der Begriff »extremistisch« nach Meinung des wissenschaftlichen

Dienstes des Deutschen Bundestages kein definierter Rechtsbegriff. Folglich taucht der Begriff auch in keinem Gesetzestext auf. Jedes Gericht würde ihn kassieren. Der Begriff ist nach Meinung des Bundesverfassungsgerichtes »eine Frage des politischen Meinungskampfes«.

»Ein Verfassungsschutzbericht stellt eine Meinungsäußerung einer informell arbeitenden Behörde da, aber keinen rechtsgültigen Verwaltungsakt«, so Hans Wolf. »Gerade nach dem Versagen bei den NSU-Morden ist es für mich nicht nachvollziehbar, daß diese Behörde die Definitionsmacht erhält und Vereinen das Gütesiegel erteilen oder entziehen kann.«

Aktion 3. Welt Saar (www.a3wsaar.de)

Weitere Informationen:
Offener Brief an die MdB's.
http://kurzlink.de/Brief_MdBs,

www.contraste.org

JuLis Brandenburg:

Inhaltlich neue Wege

Bei ihrem 43. Landeskongreß am 22. September in Chorin verabschiedeten die Jungen Liberalen Brandenburg zahlreiche Anträge und erweiterten somit ihre Beschlußlage deutlich. Der Leit Antrag zur Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg verlangt unter anderem die generelle Einführung des anonymen Bewerbungsmodells bei weiterer evaluierender Begleitung. Außerdem beinhaltet der Beschluß die Forderung nach der Schaffung einer föderal unterschiedlichen Lohnuntergrenze, welche sich an verschiedenen volkswirtschaftlichen Indikatoren, wie dem Verbraucherpreisindex, dem Ifo-Geschäftsklima Index, der Kaufkraftparität der Bundesländer und ähnlichen im jeweiligen Bundesland, orientieren soll.

Die JuLis Brandenburg beschäftigten sich mit einem umfangreichen Antrag mit den gesamten Sektoren der Bildungspolitik. Frühkindliche Bildung, schulische Bildung, berufliche Bildung und Hochschulbildung wurden dabei in den Fokus genommen und konnten inhaltlich thematisiert werden. Anschließend wurde in einem Antrag zur Reformierung Lehrerbildung eine stärkere pädagogische Praxisorientierung verlangt.

In einem weiteren beschlossenen Antrag zur Energiewende wird unter anderem ein System, basierend auf einem CO₂-Koeffizienten pro verkaufter kWh, als Ersatz der aktuellen, umlagebasierten EEG-Novelle gefordert.

Bei den durchzuführenden Nachwahlen des Landesvorstandes wurde Jeff Staudacher aus Forst zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik und Paul Gehrmann aus Oranienburg zum neuen Beisitzer gewählt. Neben den Mitgliedern der Jungen Liberalen konnten auch zahlreiche Gäste begrüßt werden. So waren unter anderem Prof. Dr. Martin Neumann MdB, Gregor Beyer MdL, Vorsitzender der FDP Brandenburg, Andreas Büttner MdL, Fraktionsvorsitzender der FDP Brandenburg, Hans-Peter Götz MdL, Götz Trieloff, Fraktionsvorsitzender der FDP in der StVV Eberswalde und Vertreter anderer JuLi Landesverbände in Chorin zu Besuch.

FELIX SICKER

Rentensprechstunde

Eberswalde (vs). Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden jeden 2. Mittwoch im Monat, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin: Mittwoch, 10. Oktober, 10 -13 Uhr.

40 Jahre ohne Kapitalismus

40 Jahre keine Angst um den Arbeitsplatz!
 40 Jahre trotz Pille kein Mangel an Kindern!
 40 Jahre preiswerte Wohnungen!
 40 Jahre keine Wohnung verammeln müssen!
 40 Jahre auf dem Heimweg von bezahlbaren Kultur-Veranstaltungen kein Pfefferspray zur Hand!
 40 Jahre keine Suppenküchen und trotzdem immer satt!
 40 Jahre keine Angst davor, den Arzt oder die Behandlungen nicht bezahlen zu können!
 40 Jahre kostenlose Medikamente, Brillen, Zahnprothesen und vieles mehr
 40 Jahre man sprach miteinander und half sich gegenseitig!
 40 Jahre kostenlose Kinderbetreuung
 40 Jahre die Rentner befreit von Sozialabgaben und Fernsehgebühren. Besonderen Schutz im Arbeitsleben und im Alltag
Und nach den 40 Jahren?
 Im »Neuen System« herrscht Not, Elend und Verzweiflung in den ehemals sozialistischen Ländern!
 Kapitalismus ist nur für Kapitalisten gut.
 Nicht für die Menschheit! Und nicht einmal für die Natur.



Jetzt:

Nun ist die DDR schon mehr als 20 Jahre tot. Sie ist nicht ruhig gestorben, sondern in hinterlistiger Weise mit Sterbehilfe der Kapitalisten (die kein Geld und Medien ausgelassen haben) die DDR auszuschlachten.
 Was aber das wichtigste Ziel war: Das sozialistische System zu begraben und da schaufeln sie heute noch und finden keine Ruhe. Die Hirne werden voll gepappt mit Lügen über Menschenrechtsverletzungen (ohne die Eignen zu nennen); die Hauptsache, daß kein Gedanke mehr bleibt, um den Ausweg in Richtung Sozialismus zu suchen.

Es ist höchste Zeit Kraft und Wissen einzusetzen für eine menschliche, friedliche Zukunft.

ELISABETH MONSIG

300 Jahre Friedrich Zwo

Eberswalde (prest-ew/bbp). Preußenkönig Friedrich II., heutzutage wieder von vielen – vor allem mit bildungsbürgerlichem Hintergrund – als »der Große« glorifiziert, wurde vor 300 Jahren geboren. Das Land Brandenburg prägt der berühmte Monarch bis heute. Zum Jubiläum des »allgegenwärtigen Königs« gibt es im Oktober in Eberswalde eine Reihe von Veranstaltungen.

Am 16. Oktober wird Prof. Dr. Frank Göse vom Historischen Institut der Universität Potsdam Streiflichter auf »die Herrschaftspraxis Friedrichs des Großen in der Mark Brandenburg« setzen. Zum Expertenvortrag gibt es im Kreishaus am Markt ab 18 Uhr die passende Kartoffelsuppe und das Biographietheater »Prügelstock und Flöte«. Zu der Veranstaltung laden das Museum in der Adler-Apotheke und der Eberswalder Verein für Heimatkunde.

Das Berliner Theater im Palais wird das Stück über Friedrich den Zweiten und die preußischen Tugenden aufführen. Björn Wiese wird seine »Märkische Sandbüchse« und ein Kartoffelbrot mit dem Namen »Der kleine Fritz« vorstellen. Für jedes verkaufte Brot möchte der Bäckermeister dreißig Cent zur Restaurierung der historischen Bildtafeln im Museum spenden. Lehrlinge des Eberswalder Berufsbildungs-

vereins fertigten die Kulissen für den Friedrich-Abend. Schüler der Bruno-H.-Bürgel-Schule, der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Schule und der Oberbarnim-Schule werden diese später thematisch gestalten.

Bereits am 15. Oktober, um 10 Uhr, führen die Uckermärkischen Bühnen Schwedt das Theaterstück »Sans, souci« zum Leben des Preußenkönigs in der Stadthalle im Familiengarten auf.

Am Freitag, dem 26. Oktober, um 19 Uhr in der Stadtbibliothek, liest der Autor und Forstmeister Dr. Albrecht Milnik aus seinem Buch »Friedrich der Große und der Wald«. »Kein anderer König hat sich während seiner Regierungszeit so sehr um forstliche Belange gesorgt wie Friedrich II«, so Albrecht Milnik. Die kostenlose Lesung wird in Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Mahler organisiert.

Danke Herr Kröger!

Zu Ihrem Beitrag im »Neuen Deutschland« vom 5. Oktober, NPD läßt zum »Preußentag«, kann ich Ihnen nur ganz herzlich gratulieren. Ihre beiden Ziele haben Sie erreicht, gewissermaßen zwei auf einen Streich.

Zunächst ist Ihnen Ihr PR-Beitrag zugunsten der NPD durchaus gelungen. Ohne Sie wüßte man in Deutschland nicht, kaum in Finowfurt selbst, daß es hier, wie überall in Brandenburg, auch ein paar ewig Gestrige gibt...

Auch Ihr zweites Ziel haben Sie mühelos erreicht. Jetzt weiß man: In Finowfurt wird nicht protestiert und man schaut weg. Und so konnte sich Finowfurt zu einem der »wichtigsten Veranstaltungsorte für die Rechten im Land Brandenburg entwickeln«. Es kommt Ihnen ja wohl nicht darauf an, daß das, was Sie geschrieben haben, der Realität entspricht – oder waren Sie in Finowfurt? Aber Ihr Text steht erst einmal da!

Allerdings kann ich Ihnen verraten, daß die wenigen Finowfurter Bürger, welche dieses, durchaus weit abgelegene Privatgrundstück überhaupt kennen, klug genug sind, sich nicht von Brandenburger oder Bundespolizei wegen öffentlicher Proteste drangsalieren zu lassen. Oder wissen Sie nicht, daß unsere Polizei und Justiz auf dem rechten Auge blind sind? Wir haben aus Neuruppin gelernt. Wir machen für die »Rechten« keine Propaganda! Selbst wenn da stundenlang das Horst-Wessel-Lied gespielt würde – es würde niemand hören!

In so weit haben Sie nicht ganz ins Schwarze getroffen. Die überwältigende Mehrheit der Finowfurter Bürger hat für »Rechte« nichts übrig. Von 32 Gemeindevertretern gibt es nur eine Vertreterin der DVU und die Dame ist kaum bekannt, weil sie an Sitzungen nur selten teilnimmt und sich nie äußert.

Wenn Sie aber noch etwas nachlegen wollen, um Finowfurt in die Negativschlagzeilen zu bringen, dann empfehle ich Ihnen gern folgende Themen:

Grundstücksgeschäfte zugunsten von Amtspersonen und ganz bestimmten, ausgewählten Privatpersonen seit der »Wende«, Fehlentscheidungen bei der Ansiedlung – besser Nichtansiedlung – von Gewerbebetrieben und bei der Entwicklung der Infrastruktur, die immense Verschuldung der Gemeinde und, ganz aktuell, eine neue dreizügige weiterführende Schule (auf Pump versteht sich!), obwohl es in der Gemeinde allenfalls Schüler für eine siebente Klasse gibt. Eine Riesenschule gegen den demographischen Wandel! Tolle Sache.

Vielleicht wollen Sie auch ein bißchen positiv schreiben... Deshalb empfehle ich Ihnen gern ein Interview mit unserem Hauptverwaltungsbeamten, der Ihnen bestimmt gern etwas über den Werbellinsee, Schloß Hubertusstock, »Jagd und Macht« im Schloß in Groß Schönebeck und die Nobelgaststätte Café Wildau der Frau von Hertzberg erzählt und wie es dazu gekommen ist.

Sie werden feststellen, daß es überall Licht und Schatten gibt. Ich, als Berliner Hinterhofkind, bin Schatten gewöhnt. Ich lebe seit mehr als fünfzig Jahren in diesem Dorf und sage Ihnen: Es ist auszuhalten! Nazis – aber auch militante Linke, die es auch gibt – haben hier nichts zu melden!

JOHANNES MADEJA

Mongolische Kamelreiter

Kunstwerke von Axel Schulz in Eberswalde (1)

Am 1. März 2012 verstarb im Alter von 74 Jahren der Bildhauer Axel Schulz aus Schwedt (BBP 4/2012). Er hinterläßt der Nachwelt auch in Eberswalde einige Skulpturen und in der Karl-Sellheim-Schule in Westend ein Relief. Die Klasse 10H der Sellheim-Schule ging auf Exkursion.

Eines seiner Werke trägt den Namen »Mongolische Kamelreiter« und entstand in den Jahren 1970-1971. Es wurde im Eberswalder Zoo 2011 vor einem Tiergehege aufgestellt und gehört zu der Reihe: Studien einer Mongolei-reise.

Die Skulptur zeigt ein größeres und ein kleineres Kind. Beide Kinder sitzen zwischen den Höckern eines Kamels. Das größere Kind sitzt vorn und schaut in die gleiche Richtung wie das Kamel. Es lächelt und sieht sehr glücklich aus. Der kleinere mongolische Kamelreiter schaut zur anderen Seite und strahlt vor Freu-



de. Beide Kinder haben mandelförmige Augen und sehr runde Köpfe. Das rechte Vorderbein des zotteligen Kamels ist leicht geknickt, als würde es gerade aufstehen oder sich hinlegen wollen. Kleine Stricke, Bänder oder Sattel sind zum Reiten des Kamels nötig. Vertrauensvoll halten sich die Reiter am Tier fest.

Die Skulptur wirkt lebendig. Sie vermittelt die Freude, die die Reiter mit dem großen Kamel haben. Die Bronzeskulptur ist in einem guten Zustand. Leider hat jemand dem Kamel grüne Augen angemalt.

Das Kamel und seine Reiter wurden aus Bronze gegossen und sind von grau-schwarzer Farbe. Die 56 cm hohe Skulptur steht auf einem viereckigen Granitsockel. Durch Witterungseinflüsse sind grüne und graue Flecken auf dem Granit entstanden.

Leider konnte ich auf Nachfrage von der Zooleitung keine weiteren Informationen zu der schönen Skulptur erhalten. Über ein kleines Messingschild mit dem Namen des Künstlers und das Erschaffungsjahr hätte sich Axel Schulz wohl sehr gefreut.

Auf seinen Wunsch haben wir dies an dem Relief am Haupteingang unserer Schule anfertigen lassen und angebracht.

PATRICIA MALINA,
Klasse 10H, Karl-Sellheim-Schule Eberswalde

MühlenKUNSTversteigerung

»Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten« hieß es zum Abschluß des »Sommer in der Mühle 2012« am 7. Oktober. Auch diesmal hatten die Mitglieder des Kunstvereins reichlich gependet.

Der Ertrag der Versteigerung wird in diesem Jahr wieder für die Arbeiten am Gebäude der Zainhammermühle verwendet werden, nachdem der Kunstverein im vergangenen Jahr das Geld aus der Versteigerung den Opfern der schrecklichen Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan zur Verfügung stellte.

Die alte denkmalgeschützte Zainhammermühle hat es im Rennen um Fördermittel aus den EU-Töpfen in den letzten vier Jahren leider nicht geschafft, Geld für eine umfangreiche Sanierung zu erhalten. Deshalb muß es in kleinen Schritten weiter gehen.

Das letzte Drittel des 400 Quadratmeter großen Daches soll im Herbst mit Unterstützung der Stadt und des Denkmalschutzes des Landkreises saniert werden. Außerdem müssen dringende Arbeiten an der Elektrik des Hauses erledigt werden, eine neue Wasser- und Abwasserlösung gefunden, Deckenbalken ausgetauscht bzw. saniert und eine neue Treppe zum Dachboden gebaut werden. Das uns zur Verfügung stehende Geld ist knapp.

Deshalb sucht der Verein auch Unterstützer aus den Reihen der hier ansässigen Handwerksbetriebe. Ein kunstinteressierter Dachdecker aus Ahrensfelde will uns schon die benötigten Dachrinnen spendieren. Unterstützung können wir noch von Gerüstbauern, Entsorgern für die Dachpappe, Elektrikern, Fensterbauern, Tiefbauern, Gas- und Wasserinstallateuren, Zimmerleuten und Dachdeckern gebrauchen. Helfen würden uns natürlich auch Material- und Geldspenden oder tatkräftige Hände, die anpacken können, wenn es darum geht Gräben zu schachten oder Mauern auszubessern.

Wenn Sie etwas für den Erhalt des Gebäudes der Zainhammermühle an der Erlebnisachse Schwärzetal tun möchten, dann melden Sie sich bitte unter 03334/289580 oder schreiben mir eine E-mail. Wir freuen uns über die kleinste Unterstützung.

VERONIKA BRODMANN,
Die Mühle e.V., Zainhammermühle

Wandern im Oktober

Am 14. Oktober, es ist ein Sonntag, führt der Bad Freienwalder Stadtförster Peter Ruffler durch sein Revier. Dabei geht er auf Waldumbau und die Besonderheiten des Stadtwaldes ein. Treff ist 13.30 Uhr am Köhlereiparkplatz in der Sonnenburger Straße in Bad Freienwalde.

Eine Woche darauf, am 21. Oktober, wandern wir auf den Spuren der Königin Friederike Luise von Preußen durch den verwunschenen Schloßpark auf den Apothekerberg. Weiter geht es durch die Liebeslaube zur Affenschaukel mit herrlichem Blick über Bad Freienwalde. An der Königin Friederike Luise Aussicht auf die Königshöhe wird verweilt, ehe es auf den Weinberg und die dortige Aussicht geht. Ein Bergpfad führt weiter zum Thüringer Blick und Saugrund. Hier machen wir Kaffeepause und begeben uns anschließend auf den Rückweg. Die Wanderstrecke beträgt etwa 6 km. Wanderleiter ist Lothar Koch. Treffpunkt ist um 13.30 Uhr der Eingang zum Schloß Freienwalde, Rathenaustraße 3, 16259 Bad Freienwalde.

Am folgenden Sonntag, dem 28. Oktober, wandern wir wieder mit Wanderleiter Lothar Koch vom Moorbad auf dem Vogelstangenweg zum Großen Stein und zum Koboldpo. Der Vogelstangenweg, welcher eine kleine Höhe überwindet, beginnt nach Wunschbrunnen und Brunnenkirchhof. Nach drei Kilometern erreichen wir ein Plateau, wo sich einmal ein Raketstützpunkt befand. Ein großer Findling, der große Stein, kann ebenso bewundert werden wie der Koboldpo. Auf dem Grünen Weg geht es zurück zum Moorbad. Strecke etwa 6 Kilometer. Treffpunkt ist 13.30 Uhr die Fachklinik Moorbad in der Gesundbrunnenstraße.

Erwachsene zahlen jeweils 2,20 Euro, ermäßigt (Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber) 1,10 Euro. Für Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kindern mit Familienpaß Brandenburg ist die Wanderung kostenfrei. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200!

BERND MÜLLER

Halloweenwanderung

Anna Liebenwaldt und die Brandfichte

Eine kleine Nachtwanderung mit Lichtern und Geschichten über Samheine oder wie es heute heißt Halloween gibt es am 31. Oktober, 16.30 Uhr, ab Fachklinik Moorbad. Besonders eingegangen wird auf die Geschichte der letzten Hexenverbrennung bei Freienwalde an der Brandfichte. Für eine vorgetragene Geschichte oder Sage gibt es Süßes! Wanderleiter ist Bernd Schmidt. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200 oder wandermueller@aol.com. Die Gebühren inklusive Lampe betragen für Erwachsene 2,90 Euro und ermäßigt 1,40 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland, Kinder mit Familienpaß Brandenburg und Kinder mit Verkleidung können kostenfrei mitwandern.

BERND MÜLLER

Linke Regionalkonferenz am Stadtsee

Eberswalde (bbp). Der Landesvorstand der Linken und die linken Mitglieder der Landesregierung suchen regelmäßig den Kontakt zur Parteibasis. Regionalkonferenzen, zu denen jeweils die Mitglieder und Sympathisanten aus mehreren Landkreisen eingeladen werden, gehören dabei zu den inzwischen schon traditionellen Mitteln.

Am 3. November sind die Linken der Kreisverbände Barnim, Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Uckermark nach Eberswalde in das Haus am Stadtsee (Barthels Vinum) in der Angermünder Chaussee 9 eingeladen.

Die Regionalkonferenz soll über aktuelle Projekte der Landesregierung und der linken Landtagsfraktion informieren und den intensiven Austausch der Meinungen und Erfahrungen aus den Kreisen an die Landesregierung und die Fraktion fördern.

Um 10 Uhr wird der Vorsitzende des gastgebenden Kreisverbandes Barnim, Sebastian Walter, die Teilnehmer begrüßen. Nach kurzen

Statements der anwesenden Regierungsmitglieder und des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Christian Görke können die Genossinnen und Genossen der Basis mit den anwesenden Regierungs- und Fraktionsmitgliedern diskutieren und in Erfahrungsaustausch treten. Abschließend werden die Diskussionen im Plenum ausgewertet.

Das Ende der Konferenz ist nach drei Stunden geplant. Für eine Versorgung mit Getränken und kleinen Speisen während der Konferenz ist gesorgt.

Wie der Landesvorsitzende der LINKEN Stefan Ludwig mitteilt, können Fragen, Ideen oder Hinweise, die eine entsprechende Vorbereitung bedürfen, schon jetzt per eMail an die Landesgeschäftsstelle (info@dielinke-brandenburg.de) gesendet werden. Aufgrund der schlechten Erreichbarkeit des Hauses am Stadtsee per öffentlichem Nahverkehr bietet die Landesgeschäftsstelle bei Bedarf und nach entsprechender Anmeldung Hilfe an.

Wander-, Radfahr- und Veranstaltungsplan liegt aus

Der aktuelle Veranstaltungsplan des Naturfreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für die Monate bis zum Jahresende hält wieder zahlreiche geführte Wanderungen, Radtouren und kulturellen Veranstaltungen bereit. Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Wriezen, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Angermünde und

Schwedt und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg für Interessenten kostenlos bereit.

Wer dort nicht hinkommt, kann sich die Veranstaltungsübersicht auch kostenfrei zusenden lassen. Einfach unter 03344-333200 bestellen. Im Internet ist der aktuelle Plan ausführlich unter www.berg-frei.de abrufbar.

BERND MÜLLER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)



KULTURBAHNHOF FINOW

- 10.10., 15 Uhr:** Tanzcafé
- 17.10., 15 Uhr:** Im Wald und auf der Heide Chorkonzert mit Eberswalder Chören
- 27.10., 20 Uhr:** Tanz mit der Eberswalder Live-Band »Mr. SCROOGE«
- 23.-25.10.:** Herbstfeste für Kids mit der Hexe Pixelpax
- 09.11., 16 Uhr:** »Nächster Halt: Musizilien!«
- 14.11., 15 Uhr:** Tanzcafé
– Änderungen vorbehalten –
Karten + Vermietung: Kulturbahnhof Finow
Tel. 03334-2779628

Nächster Halt: Musizilien!

Kinderkonzerte im Kulturbahnhof Finow

Mit zwei Konzerten wird im Herbst die Kinderkonzertreihe »Der Musikexpress« im Kulturbahnhof Finow eröffnet. Das Besondere – Kinder musizieren für Kinder! In Zusammenarbeit mit der Musikschule Barnim zeigen Schüler der Musikschule an ihren Instrumenten ihre Begeisterung zur Musik. Dazu erzählen die Moderatorinnen Johanna Ludwig (Musikschule Barnim) und Esther Adrian (Berlin) rund um die Musik, öffnen die Ohren und leiten zum Mitmachen an. Eingeladen sind Vor- und Grundschul Kinder, Eltern und Großeltern. Das erste Konzert »Vorsicht zerbrechlich« fand bereits am 28. September statt.

Am Freitag, den 9. November macht sich der Musikexpress um 16 Uhr auf eine weite Reise mit dem Ziel »Nächster Halt: Musizilien!«. Der Eintritt kostet 3 Euro. Wir hoffen, daß viele Eltern, Omas und Opas das Angebot mit ihren Kindern wahrnehmen!

ANDREA HOEHNE

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gädicke, Markmann (4), Matina, Rud-Wolga, Steiner, Zinn

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 4. Oktober 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.11.2012, 12 Uhr.